

# Schulzeitung.

Pädagogische Wochenschrift.

Organ des Schlesischen Lehrervereins, des Pestalozzi-Vereins für die Provinz Schlesien sowie  
des Schlesischen Turnlehrer-Vereins und des Schlesischen Lehrervereins für Naturkunde.

No. 45.

Breslau, den 5. November 1908.

37. Jahrgang.

**Inhalt:** Die Besoldungsvorlage und unsere Forderungen. (Schluß) — Die Klagen über die unzureichenden Leistungen der heutigen Volksschule und ihre Ursachen. (Fortsetzung.) — Die 1. Lesung des Lehrerbildungsgesetzesentwurfs. — Versammlung der Kreisvertreter in Breslau am 31. Oktober 1908. — Bemerkungen zu dem Ministerial-Erlaß vom 31. Januar 1908 mit Berücksichtigung des Lehrplanes für die Breslauer Volksschulen. (Schluß.) — Vom Nebenerwerb. — Wochenschau. — Mitteilungen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Rezensionen. — Vakanzen. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Die Besoldungsvorlage und unsere Forderungen.

Von R. Theißig-Breslau.

[Schluß.]

Die pensionsfähigen Ortszulagen sollen „den größeren Gemeinden eine Verbesserung der Bezüge ihrer Lehrpersonen in einem tunlichst weit bemessenen Rahmen“ ermöglichen, weil hier — wie die Begründung sagt — „die Tatsache in den Vordergrund tritt, daß das Zusammenwohnen einer großen Zahl von Menschen und die dadurch bedingten komplizierten Einrichtungen Bedürfnisse und Aufwendungen zeitigen, welche über diejenigen kleinerer Ortschaften hinausgehen“. Warum die Volksschullehrer durch das bei keiner anderen Beamtenkategorie wiederkehrende System der pensionsfähigen Ortszulagen neben dem Gehalt erneut in eine Sonderstellung hineingedrängt werden, ist aus der Begründung nicht ersichtlich. Diese Ortszulagen, besser Teuerungszulagen, können über die bedauerliche Tatsache einer in der Geschichte der preußischen und deutschen Volksschule beispiellosen Herabdrückung des Lehrergehaltsniveaus nichts ändern. Was zurzeit die Lehrerarbeit in Preußen wert ist — der Herr Finanzminister unterstreicht in seiner Begründung ausdrücklich diese Auffassung — drücken die Zahlen 1350 und  $9 \times 200$  aus. Man konnte bisher, angesichts der Gehaltsskalen von Düsseldorf, Charlottenburg, Frankfurt a. M., Berlin usw., auch anderer Meinung sein. In welcher Richtung werden sich wohl die Gedankengänge der mit der Abänderung der Vokationen beauftragten Magistratsbeamten der großen Städte bewegen?

Daß auch bei den Ortszulagen die Bremse scharf in Tätigkeit tritt, entspricht nur der Tendenz des Gesetzes. Warum gerade die Zahlen 200, 400 und 750 die äußerste Grenze bezeichnen sollen, darüber Vermutungen anzustellen, lohnt nicht. Es dürfte sich hierbei um dieselbe willkürliche, den tatsächlichen Verhältnissen durchaus nicht entsprechende Festsetzung handeln, wie sie auch in der Staffelung der Orte nach der Einwohnerzahl in Erscheinung tritt.

Und die Erreichung dieser Ortszulagen? Sie ist möglich, wenn die Einwohnerzahl des betreffenden Ortes die im Gesetz geforderte Höhe erreicht. Es muß aber die Zahl 25 000, bzw. 50 000, bzw. 100 000 oder darüber sein, nicht etwa 24 999, bzw. 49 999, bzw. 99 999, wegen — der Teuerung! Die Kommunen können geben, wenn sie wollen. Und wollen sie, dann dürfen sie erst, wenn die Schulaufsichtsbehörde ihre Genehmigung erteilt, was nur geschehen soll, wenn Schulaufsichtsbehörde und Provinzialrat die Überzeugung gewonnen haben, „daß die Schulverbände bei der Bemessung der Orts-

zulagen auf die Verhältnisse in gleichartigen Orten des Bezirks, der Provinz und des Staates Rücksicht genommen haben und die Gesamtinteressen des Volksschulwesens nicht gefährdet werden“. Der Provinzialrat entscheidet über Beschwerden endgültig unter Ausschaltung der Ministerialinstanz. Eine erfreulichere Perspektive könnte die Bestimmung erschließen, daß bewilligungsunlustige Gemeinden zur Gewährung von Ortszulagen angehalten werden dürfen. Man darf gespannt sein, wie sich die die Doppelbremse fordernde Regierung als treibender Faktor bewähren wird! Was nun den Umfang des für Ortszulagen in Betracht kommenden Bereichs anbetrifft, so wird dieser dadurch gekennzeichnet, daß von den bereits erwähnten 2387 Orten nur 123 sich über eine Einwohnerzahl von 25 000 erheben. Es können also in Zukunft ihren Lehrern zuwenden bis zu 200 M 64, bis zu 400 M 31, bis zu 750 M 28 Orte. Posen wird in 3, Ostpreußen in 5, Westpreußen in 4, Pommern in 4, Hessen-Nassau in 4, Schleswig-Holstein in 5, Hannover in 9, Sachsen in 11, Schlesien in 13, Brandenburg in 19, Westfalen in 21 und die Rheinprovinz in 27 Orten über den Normalsatz hinausgehen dürfen. Eine geringe Erweiterung kann in einzelnen Provinzen eintreten, wo Gemeinden „in der engeren Umgebung großer Verbände liegen und mit ihnen eine wirtschaftliche Einheit bilden.“ Die Begründung sagt sehr deutlich: „Es ist hierbei an die Vorortsgemeinden größerer Städte gedacht.“ Für die weit überwiegende große Mehrzahl der Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von unter 25 000 bedeuten also 1350 M und  $9 \times 200$  M das Ende des gehaltlichen Fortschritts. Ruhe kehrt ein auf dem Gebiete des Lehrerbildungswesens, ganz wie der Herr Finanzminister es wollte, und fast vollständige Ruhe in den Gebieten der preußischen Monarchie, wo die Kreise am Ruder sitzen, von denen schon seit Jahren die aufsteigende Entwicklung der Lehrergehälter unangenehm empfunden wurde. Die Bremse ist erreicht. Die Kosten trägt die Lehrerschaft, tragen besonders die, denen — weil sie das durch das Normalgehalt Gebotene bereits beziehen und zur Erreichung eines Mehr keine gesetzliche Handhabe besitzen — nicht ein Pfennig an Aufbesserung zuteil wird\*) zur selben Zeit, als sämtliche untere und mittlere Beamten Erhöhungen von 200, 300, 600 und mehr Mark zugewiesen erhalten. Und wo in den großen Städten etwa eine Besserstellung eintreten sollte, ist durch Neuregelung der Mietsentschädigung eine Schädigung im Falle der Pensionierung sehr wahrscheinlich, da dann nur „der Durchschnittssatz der Mietentschädigung der betreffenden Lehrerkategorie für die

\*) Die Zahl wird festgestellt werden.

sämtlichen Klassen“ in Anrechnung gebracht werden soll. Damit würde zugleich eine Benachteiligung der Relikten verbunden sein, um so fühlbarer, je früher der Ernährer der Familie entrissen wird.

Je mehr man sich in das Gesetz vertieft, um so weniger vermag man die oft versprochene „ganze Arbeit“ zu finden. Das Gesetz wird dem heutigen Stande der Lehrerbildung und der Lehrerarbeit nicht gerecht. Als weiterer Beweis dafür dient die völlig unbefriedigende Regelung der Verhältnisse der Kirchschullehrer, die nicht einmal einen gangbaren Weg zur Ablösung der niederen Küsterdienste zu finden wußte.

Jeder Zweifel an dem agrarischen Charakter des Gesetzes schwindet beim Einblick in den § 27: „Leistungen des Staates.“ Nach wie vor gelten größere und große Kommunen ohne weiteres als leistungsfähig, kleinere und kleinste als der staatlichen Unterstützung im höchsten Maße bedürftig. War bisher die Grenze für die Gewährung von Staatsbeiträgen bei 25 Schulstellen gezogen, ist jetzt eine neue Bevorzugung des platten Landes dadurch geschaffen worden, daß Schulverbände mit nicht mehr als 7 Schulstellen, und nur diese, zu den bisherigen Staatszuschüssen neue von beträchtlicher Höhe erhalten.

Bisher wurden aus der Staatskasse gezahlt in Orten bis zu 25 Schulstellen für die Stelle eines alleinstehenden oder ersten Lehrers 500, für jede andere Lehrerstelle 300, für jede Lehrerinstelle 150 *M*. Nach dem neuen Gesetz sollen, mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 an, Schulverbände mit nicht mehr als 7 Schulstellen erhalten für die Stelle eines alleinstehenden oder ersten Lehrers 500 *M* + 200 *M* = 700 *M*, für jede andere Lehrerstelle 300 *M* + 200 *M* = 500 *M*, für jede Lehrerinstelle 150 *M* + 100 *M* = 250 *M*.

Während bisher der Staat als Beitrag zur Alterszulagekasse zahlte für jede Lehrerstelle 337 *M*, für jede Lehrerinstelle 184 *M*, legt er jetzt den Schulverbänden mit nicht mehr als 7 Schulstellen, aber nur diesen, zu und zahlt ebenfalls vom 1. April 1908 ab für jede Lehrerstelle 337 *M* + 135 *M* = 472 *M*, für jede Lehrerinstelle 184 *M* + 70 *M* = 254 *M*.

Kam bisher schon der Betrag, um den der Staatszuschuß gekürzt wurde, wenn ein Schulverband weniger an die Alterszulagekasse abzuführen hatte, als ihm zufließt, den Alterszulagekassen zugute, in denen der tatsächliche Bedarf nicht voll durch den Staatsbeitrag gedeckt wurde, also nur ländlichen Schulverbänden, so wird jetzt diese Bevorzugung durch das neue Gesetz wesentlich verstärkt. Nachweislich leistungsfähige Schulverbände von nicht mehr als 7 Schulstellen müssen den neugeschaffenen Staatszuschuß von 135 *M* bzw. 70 *M* annehmen, selbst wenn der bisherige Beitrag schon vollauf zur Deckung der Verpflichtungen gegen die Alterszulagekasse genügt hätte. Außerdem aber hat der Herr Finanzminister noch einen Ergänzungszuschuß von 14,2 Millionen Mark bereitgestellt, von dem nur 1,5 Millionen für Schulverbände mit 25 und mehr Schulstellen verwendet werden dürfen! — Es hat sich kein Widerspruch erhoben, als der Herr Finanzminister seine Ausführungen über das Lehrerbesoldungsgesetz mit den Worten schloß: „Ich glaube, dies ist der beredte Ausdruck dessen, daß die Staatsregierung bemüht gewesen ist, die Lehrergehälter, soweit es irgend möglich ist, aufzubessern und dabei die schwachen Gemeinden zu schonen.“ Diese „weitgehende Schonung“ gründlich zu beleuchten ist nötig, einmal, um zu zeigen, woher in Wirklichkeit die Mittel zur Besserstellung unserer Mindestbesoldeten genommen werden, und zum andern, um den Kollegen draußen im Lande die Möglichkeit zu geben, etwa jetzt noch über die durch Schule und Lehrer verursachte „Belastung“ angemessen zu beruhigen.

Die voraussichtliche Wirkung des Gesetzes ist schon verschiedentlich gestreift worden. Die Landflucht — wir wollen das Wort einmal verwenden — mag eingedämmt werden, schon durch die erhebliche Abnahme besser besoldeter Orte, der Lehrermangel wird bleiben. Man hätte sonst dieses Gesetz nicht in den Rahmen der allgemeinen Beamtenbesoldungserhöhungen

stellen dürfen. Jede andere, gleiche Ausbildungskosten verursachende, gleiche Anforderungen erhebende Beamtenlaufbahn muß selbst dem einfachsten Manne rentabler erscheinen, wenn er die Besoldungsziffern hier und dort vergleicht. Wie das so bedauerlich niedrige Normalgehalt die gesellschaftliche Stellung des Lehrers schädigen, auch die Chancen der einjährig-freiwillig dienenden Kollegen in ungünstigem Sinne beeinflussen muß, wird recht bald die Zukunft lehren. Lassen wir nur die neue Beamtenbesoldung erst Leben gewinnen! Die Rückwirkung auf die Schularbeit kann nicht ausbleiben. Was etwa unserm Stande an Zustrom werden sollte — hoffen wir, daß unsere Befürchtungen nicht in vollem Umfange Bestätigung finden.

Die Frage, wie wir uns nun zu dem Gesetze stellen, ist auch schon teilweise erledigt. Ausführlicher in der Presse zu werden, ehe noch der V. Preuß. Lehrertag gesprochen hat, erscheint nicht angängig. Die Hauptsache empfinden wir alle: Das Gesetz selbst darf nicht gefährdet werden! Festhalten an den Beschlüssen des IV. Preuß. Lehrertages, so lange als irgend eine Aussicht auf Verwirklichung besteht, weitgehendste Verbesserung muß das Ziel unserer Betätigung sein.

Und wie wir praktisch darauf hin arbeiten können? Lösen wir uns von dem Gedanken, daß die großen Versammlungen allein genügen. Sie sollen die imponierende, einmütige Zusammenfassung des durch die Kleinarbeit bereits Geschaffenen sein. Gerade an der Verbesserung des vorliegenden Gesetzes wird weniger gefühlsmäßig, als mit nüchternen, nackten Tatsachen gewirkt werden müssen. Es handelt sich wohl wesentlich darum, die Zahlen 3150, 3350, 3550, 3900, die, den kärglichen Zahlen von 1897 gegenübergestellt, einer gewissen hypnotischen Wirkung auch in Kollegenkreisen anfangs nicht entbehrten, auf den realen Boden zu stellen. Nachweisen, wohin uns das Gesetz von 1897 innerhalb der Beamenschaft stellte; welche gewaltige Menge preußischer Volksschullehrer fast ein Jahrzehnt nur diese jammervollen Sätze bezogen hat. Nachweisen, zahlenmäßig, an der Hand der Denkschrift über die Beamtenbesoldungen, wohin die neuen Sätze uns bringen sollten und wohin sie uns gebracht haben. Nachweisen, wie umfangreich die Gehaltsherabsetzung innerhalb der Monarchie in Wirklichkeit ist, der Gesamtsumme, den Orten und der Zahl der Lehrerstellen nach. Nachweisen, daß die Ortszulagen in der geplanten Form einen vollgültigen Ausgleich nicht zu schaffen vermögen usw. usw. Während dieser Sammel- und Sichtungstätigkeit den Gang der Verhandlungen verfolgen, im geeigneten Augenblick und an geeigneter Stelle das bis auf die einzelnen Ziffern sichere Material, übersichtlich und praktisch geordnet übermitteln, das dürfte als lohnende Kleinarbeit erscheinen, lohnend deshalb, weil sie überzeugen muß und unseren Beschlüssen eigentlich erst die reale Unterlage schafft. Allerdings fordert eine derartige Betätigung alle auf den Plan.

Vorläufig lassen sich bestimmte Schlüsse auf den schließlichen Ausgang der Beratungen nicht ziehen. Fest geschlossen verlangen die Parteien höhere, als die im Entwurf angegebenen Sätze, lehnen aber die Forderungen des IV. Preuß. Lehrertages als zurzeit nicht durchführbar ab. Stark auf das Einheitsgehalt versteift sich die konservative, mit ihr die freikonservative Partei. Beide Parteien zählen zusammen 152 + 59 = 211 Mitglieder. Von der freikonservativen Partei wird die Einbringung eines Antrages bezüglich der Besoldungskassen geplant. Damit dürfte eine wesentliche Erschwerung der Verhandlungen eintreten. Das Zentrum mit seinen 104 Mitgliedern nimmt, entsprechend seiner Zusammensetzung aus Vertretern des Westens und des Ostens, eine vermittelnde Stellung ein. Wohin die 15 Polen sich schlagen werden, ist zweifelhaft bei dem Widerstreit zwischen grundsätzlicher Opposition gegen die Regierung und starker Abneigung gegen den deutschen Lehrer. Am weitesten dürfte uns die gesamte Linke entgegenkommen: 64 nationalliberale, 28 Abgeordnete der freisinnigen Volkspartei mit 3 Hospitanten, 7 Abgeordnete der freisinnigen Vereinigung mit 1 Hospitanten

und 7 Sozialdemokraten, insgesamt 110 Abgeordnete, eine immerhin ansehnliche Minderheit, die sicher noch aus Zentrumskreisen erheblich verstärkt werden wird. Von national-liberaler Seite ist in der „Köln. Ztg.“ „die scharfe Begrenzung der Zulagen an die Lehrer, wodurch die Entwicklung gehemmt werde“, bedauert und die Versicherung abgegeben worden: „Die nationalliberale Partei sieht es als eine Ehrenpflicht an, dieses Gesetz (das Mantelgesetz) in seinem vollen Umfange mit den notwendigen Verbesserungen baldigst zu verabschieden.“ —

Unterstützen wir nun, soweit wir können, dort, wo uns entgegengekommen wird, klären wir auf, wo noch Mißverständnisse obwalten. Nützen wir jeden Tag aus. Es handelt sich für uns um die Freihaltung des Weges nach oben; um den Weg, den die Lehrergeneration nach uns zu gehen haben, auf dem sich die Zukunft unserer Volksschule entscheiden wird. Düfteln wir jetzt weniger über Beschlüssen und Resolutionen:

#### Arbeiten wir!

Anmerkung: Meine kurze Bemerkung zur Besoldung der Direktoren ist verschiedentlich mißverstanden worden. Der völligen Klarheit halber erkläre ich ausdrücklich, daß die Notiz nur der Befriedigung darüber Ausdruck geben sollte, daß die Besoldung der Direktoren wie bisher der Lehrerbefoldung angeschlossen worden ist. R. Theißig.

## Die Klagen über die unzureichenden Leistungen der heutigen Volksschule und ihre Ursachen.

(Vortrag, gehalten auf der Gauversammlung in Hundsfeld von O. Kosog.)  
(Fortsetzung).

Wenn wir jedoch all die ungünstigen äußeren Verhältnisse, unter denen die Volksschule zurzeit noch arbeitet, genau ins Auge fassen, so muß eins befremden, der Umstand nämlich, daß in den Großstädten viele der erwähnten Übelstände nicht vorhanden sind. Man rechnet es den großen Kommunen nach, daß sie für die Volksschule gewaltige Aufwendungen machen; die Ausgaben für das Volksschulwesen beziffern sich auf viele Millionen, prächtige, allen neuzeitlichen Forderungen der Pädagogik und Hygiene entsprechende Schulpaläste erheben sich, die Lehrmittel-Ausstattung überschreitet weit das in den Allgemeinen Bestimmungen geforderte Mindestmaß, einen Lehrermangel gibt es nicht, fliegende und überfüllte Klassen gehören zu den Ausnahmen, ein ausgedehntes Hilfsschulwesen ist vorhanden, und doch ertönen die Klagen über die unzulänglichen Volksschulleistungen aus der Großstadt ebenso laut, wie aus der Kleinstadt und vom Lande.

Wie ist das zu erklären? Man hat die Ursachen dieses etwas merkwürdigen Zustandes in dem häufigen Lehrer- und Schülerwechsel gesucht. Nun, mit dem Lehrermangel ist es so arg nicht. Versetzungen innerhalb eines Schuljahres kommen so gut wie gar nicht vor; und auch sonst erblicken die Schüler ein neues Gesicht nur bei Erkrankung des Klassenlehrers oder bei Vertretungen an höheren Schulen, die allerdings im Interesse der Volksschule möglichst beseitigt werden müßten. Unter den Schülern freilich gibt es Wandervögel, die man im Laufe eines Jahres mehrmals in einer Klasse auftauchen und wieder verschwinden sehen kann und die sich am Ende ihrer Schulzeit rühmen können, ihr halbes Hundert oder noch mehr Lehrer gehabt zu haben. Indessen auch diesem Übelstande sucht man durch einheitliche spezialisierte Lehrpläne möglichst zu begegnen, so daß der an ein anderes System übergehende Schüler im allgemeinen in diesem wieder da einsetzen kann, wo er in der alten Schule aufgehört hat. Daß im übrigen der Lehrer- und Schülerwechsel im allgemeinen nicht so große Nachteile zu haben braucht, wie vielfach angenommen wird, zeigen die Seminarübungsschulen, wo mit jedem Quartal das gesamte Lehrerkollegium wechselt und trotzdem Ausgezeichnetes geleistet wird. Wenn auch hier die Verhältnisse insofern günstiger,

als bei den gewöhnlichen Volksschulen liegen, als die Seminarlehrer bleiben und dem Lehrnachfolger die schriftlichen Präparationen seines Vorgängers zur Verfügung stehen, so wird dieser Vorzug zum Teil dadurch wieder ausgeglichen, daß es sich um Lehranfänger, im Volksschuldienst dagegen um bewährte Lehrkräfte handelt. Lehrer- und Schülerwechsel vermögen demnach das Dunkel der unzulänglichen Volksschulleistungen ebenfalls nicht hinreichend aufzuhellen.

Da sämtliche äußeren Ursachen die unzulänglichen Leistungen der heutigen Volksschule nicht völlig zu erklären vermögen, so müssen innere Gründe vorhanden sein, es müssen Mängel in dem heutigen Schulbetriebe liegen.

Woran die Volksschule in dieser Hinsicht noch vielfach zu leiden hat, soll zunächst an einem Beispiel gezeigt werden. An einem gewissen Orte amtierte ein Kollege, der stets ganz außer-gewöhnliche Erfolge im ersten Rechenunterrichte erzielte. Wie die Resultate gewesen sein müssen, geht am besten daraus hervor, daß der zuständige Kreisschulinspektor, der bei seinen Revisionen selten einmal eine Leistung als voll genügend anerkannte, den Kollegen in einem Anschreiben als Rechenmeister bezeichnete und ihm ein Referat über den Rechenunterricht auf der Unterstufe mit dem ausdrücklichen Bemerken übertrug, daß er es für zweckmäßig halte, wenn die Konferenzvorträge über Spezialgebiete von solchen Lehrern gehalten würden, die Hervorragendes auf demselben leisteten. Der Kollege hielt also sein Referat, verriet aber nicht das Geheimnis seiner Erfolge. Von dem Vorsitzenden nun über seine Methode befragt, erklärte er schließlich, daß er im ersten Halbjahr so gut wie gar nicht rechnen, sondern, abgesehen von Religion und Gesang, fast nur Lesen und Schreiben betriebe. Dagegen setze im zweiten Halbjahre, wenn die Schüler geistig gereifter seien, der Rechenunterricht um so intensiver ein, und dieser Anordnung schreibe er seine guten Resultate zu. Und nun geschah das Entscheidende. Als der Vorsitzende von dem Verfahren hörte, erklärte er, daß das durchaus unzulässig sei, Lehr- und Stundenplan müßten unter allen Umständen innegehalten werden; denn wohin solle das führen, wenn einmal eine Revision von einer höheren Stelle aus erfolge und diese feststelle, daß die Kinder am Ende des ersten Semesters nicht rechnen könnten. Das Beispiel ist typisch. Der Kollege leistet Hervorragendes, weil er sich nicht nach den vorgeschriebenen Plänen, sondern nach seiner eigenen und der Kindesnatur, wie sie sich in seinem Kopfe malt, richtet. Und was geschieht? Der Kreisschulinspektor erhebt Einspruch dagegen. Mögen die Leistungen zurückgehen, der Schaden ist nicht so groß, als wenn St. Bureaokratius zu kurz kommt.

Damit sind wir bei einem wunden Punkte unseres Schulwesens angelangt; der Bureaokratismus ist es, der unseren Schulbetrieb noch vielfach übermäßig beherrscht. Da werden Lehr- und Stoffpläne bis in die minutiösesten Kleinigkeiten ausgearbeitet, da wird der Stoff nicht nur auf Vierteljahre, sondern auch auf Monate, ja, auf Wochen verteilt, da werden bestimmte Methoden gewünscht oder angeordnet, gleichviel ob sie dem einzelnen Lehrer zusagen oder nicht, da werden Hilfsmittel und bestimmte Handbücher für den Unterricht nicht nur amtlich emp-, sondern sogar befohlen usw. Und wenn wir noch nicht bei dem schon oft sarkastisch beleuchteten Zustande angelangt sind, daß der Kultusminister mit Uhr und Stoffplan in der Hand in seinem Arbeitszimmer sagen kann: „Jetzt wird in sämtlichen preussischen Schulen das und das behandelt“, so liegt das nur daran, daß die rechten Männer bisher in der Zentralinstanz noch keinen Platz gefunden haben; denn was manche Schulaufsichtsbeamte fertig bekommen, mag eine kleine Blütenlese aus amtlichen Verfügungen zeigen.

Da schreibt ein Kreisschulinspektor nicht nur ganz genau vor, was alles im Klassenzimmer aufgehängt sein muß, es ergehen auch Anordnungen darüber, worauf der Stoffverteilungsplan zu kleben, wieviel Papier dazu zu nehmen, wo der Stoff für das Sommer- und Winterhalbjahr einzutragen, wie der Bogen einzuteilen ist usw.

In einem anderen Schulaufsichtsbezirk müssen wieder alle Pläne, die in dem soeben erwähnten an der Wand hängen mußten, auf dem Katheder liegen. Außerdem müssen stets „vom Beginn bis zum Schluß des Unterrichts“ auf dem Katheder vorhanden sein ein geschlossenes (!) Tintenfaß, eine brauchbare (!) Feder usw., und zum Schluß heißt es kategorisch: „Andere Sachen dürfen auf dem Lehrtisch nicht liegen.“ Das Melden wird ganz ähnlich wie im „Flachsmann“ vorgeschrieben, und in eine Dressuranstalt, nicht aber in eine Schule wähnt man sich versetzt, wenn man liest, was Lehrer und Schüler bei Beginn der Pause zu tun haben. Überhaupt umfaßt die hier angedeutete, den meisten Lesern der „Schles. Schulzeitung“ wohl noch in Erinnerung stehende Schulordnung, die sich jedoch nur auf den äußeren Betrieb bezieht, nicht weniger als 67 Nummern.

Großen Scharfsinn hat auch ein sächsischer Schuldirektor aufgewendet, um eine zuverlässige „Statistik für Prüfungsarbeiten in Orthographie“ zustande zu bringen. Man beachte folgendes Schema: „Klasse. a) Zahl der Schüler; b) Zahl der Arbeiten; c) Zahl der Wörter des Diktats; d) Summe der Fehler: 1. die orthographischen, 2. die Interpunktionsfehler, 3. die Faselfehler, 4. aller Fehler; e) wieviel Fehler kommen auf ein Kind? 1. orthographische, 2. Interpunktionsfehler, 3. Faselfehler, 4. überhaupt? f) auf wieviel Wörter kommt ein Fehler? 1. ein orthographischer, 2. ein grammatischer, 3. ein Faselfehler? g) wieviel Kinder arbeiten ohne Fehler? h) größte? i) kleinste Fehlerzahl?“

Auch anderwärts kommt es vor, daß bei den Probearbeiten die Fehlerprocente bis auf Hundertstel berechnet und mit den Ergebnissen der Vorjahre verglichen werden, woraus dann der Schluß auf die Arbeit des Lehrers gezogen wird.

(Fortsetzung folgt.)

## Die 1. Lesung des Lehrerbesoldungsgesetzentwurfs.

Die 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betreffend das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen hat am 28. und 29. Oktober stattgefunden. Jeder Kollege hat sich gewiß aus seiner politischen Zeitung bereits ein Bild von dem Ergebnis dieser Beratung zu machen gesucht, und die Aussichten erwogen, die danach der Gesetzentwurf hat. Nun ist eine bekannte Tatsache, daß in den politischen Zeitungen je nach Stellung derselben die Rede des einen oder anderen Abgeordneten länger bzw. kürzer wegkommt, und daß auf die eine oder andere Tatsache mehr oder weniger Gewicht gelegt wird. Ein wirklich getreues Bild der Verhandlungen erlangt man nur durch die amtlichen stenographischen Berichte. Auf Grund derselben soll nun das zusammengestellt werden, was uns Lehrer speziell interessiert. Es soll dabei besonders berücksichtigt werden, wie stellen sich die Parteien zur Forderung des IV. Preußischen Lehrertages, zur Forderung der Gleichstellung der Lehrer überhaupt und, was die Hauptsache ist, zur Regierungsvorlage. Um mit dem Letzteren gleich zu beginnen, muß festgestellt werden, daß keine Partei restlos mit der Regierungsvorlage einverstanden ist. Doch scheint aus den Ausführungen der Redner am 2. Verhandlungstage, besonders der Parteien, die das 2. Mal zum Wort kommen, hervorzugehen, daß eine Annäherung an die Regierungsvorlage stattgefunden hat. Weiter sei festgestellt, daß alle Parteien im Prinzip die Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land fordern, die Konservativen und Freikonservativen in dem Sinne, daß nur in Ausnahmefällen nicht pensionsberechtigten Teuerungszulagen gezahlt werden dürfen, während die andern Parteien die Bewegungsfreiheit der Gemeinden zu erhalten wünschen, bis die Gleichstellung mit den Sekretären 1. Klasse eingetreten ist. Unbedingt treten für diese Gleichstellung ein die Parteien, von den Nationalliberalen bis hin zur äußersten Linken, allerdings mit der Einschränkung, daß sie dieselben jetzt aus finanziellen Gründen nicht für durchführbar halten. Die Polen haben zur Besoldungsvorlage überhaupt nicht gesprochen. Im Namen der Freikonservativen verkündete Freiherr von Zedlitz: „Ich bin kein Freund von der Vergleichung der verschiedenen Beamtenklassen unter sich und der Lehrer mit bestimmten Beamtenklassen, ich kann auch den Vergleich mit den Gehältern der Verwaltungs- und Gerichtsektäre umsoweniger als völlig zutreffend anzuerkennen, als gerade diese Klasse unserer mittleren Beamten in bezug auf ihre finanzielle Stellung vor anderen Klassen der mittleren Beamten von alters her und auch jetzt wieder stark bevorzugt sind.“ Nachdem Freiherr von Zedlitz dann in anerkennenden Worten die Tätigkeit des Lehrerstandes gewürdigt hat, die er sehr viel höher einschätzt als den Verwaltungsdienst, kommt er zu dem Schluß, daß wir es unserer

Standesehre schuldig sind, jede Gehaltsregulierung abzuweisen, die uns in die Reihe der Unterbeamten stellt, und daß „wir (die Abg.) in der Gehaltsbemessung dafür zu sorgen haben, daß ihre Gleichstellung mit den mittleren Beamten im ganzen durchgeführt wird“. Am wenigsten klar ist in diesem Punkte die Stellung der konservativen Partei, deren Redner zu dieser Frage überhaupt nicht Stellung nahmen.

Herr Abgeordneter Schiffer (nat.-lib.) erklärt den Anspruch der Lehrer auf Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung „grundsätzlich für berechtigt“ und begründet es mit der Tätigkeit, Vorbildung, staatlichen und sozialen Wichtigkeit des Lehrerberufes. Dann zieht er folgenden Schluß: „Wenn wir mit Einstimmigkeit die akademischen Lehrer den Regierungsräten gleichgestellt haben, so ist das, was ihnen recht ist, den Volksschullehrern mindestens insoweit billig, daß sie den Regierungssekretären gleichgestellt werden.“ Diese Beweisführung erkennen die Redner der freisinnigen Parteien und des Zentrums durchaus für stichhaltig an und machen so diese Forderung zu der ihren. Auch der Sozialdemokrat Herr Abgeordneter Borgmann hält die Wünsche der Lehrerschaft auf Gleichstellung mit den Sekretären für berechtigt. Herr Ministerialdirektor Schwartzkopf nimmt wie folgt dazu Stellung: „Meine Herren, was im allgemeinen die Höhe der vorgeschlagenen Lehrerbesoldung angeht, so kann die Königliche Staatsregierung nicht davon ausgehen, daß man die Vergleiche mit anderen Beamtenkategorien als entscheidend für die Bemessung der Lehrerbeseoldung ansieht. Meine Herren, wir müssen die Lehrergehälter unter der historischen Entstehung der ganzen Verhältnisse betrachten; wir müssen sie nach ihrem eigenen Bedürfnis zu befriedigen suchen und wie ich ausdrücklich sage: es ist der Wunsch der Königlichen Regierung und natürlich namentlich der Unterrichtsverwaltung, sie möglichst ausgiebig und reichlich zu befriedigen. Aber durch bloße Vergleiche mit anderen Beamtenkategorien kommt man, glaube ich, nicht zum Ziele.“ — Weiter unten heißt es: „Jeder Stand muß nach seiner Eigenart gewürdigt werden, und wir wollen tun, was irgend in unseren Kräften steht, um dem Lehrerstande in dieser Beziehung vorwärts zu helfen“.

Wenn vorher gesagt ist, daß die Stellung der Konservativen zur Frage der Gleichstellung mit den Sekretären nicht klar zu Tage tritt, so muß doch hervorgehoben werden, daß sie ganz energisch für Gleichstellung der Lehrer unter sich (Einheitsgehalt) eintreten, und daß sie infolgedessen Bestimmungen des Gesetzes, die ihrer Meinung nach diese Gleichstellung in Frage stellen, entschieden bekämpfen. Hierher gehören die pensionsfähigen Ortszulagen. Wenn solche Zulagen überhaupt gezahlt werden, so sollen sie ihrer Meinung nach nur in äußersten Ausnahmefällen als Teuerungszulagen gewährt werden, die nicht pensionsberechtigten sein dürfen. Daß die Höchstgrenze dieser Zulagen festgesetzt werden muß, daß also nach oben gebremst werden soll, ist für sie eine Hauptforderung. Im wesentlichen stimmen die Freikonservativen diesen Forderungen zu nur daß sie hinzufügen, die Gleichstellung aller Lehrer muß auf einem bedeutend höherem Niveau erfolgen. Im Prinzip sind, wie schon hervorgehoben, auch die anderen Parteien für eine Gleichstellung aller Lehrer. Diese wünschen sie aber in der Weise, daß die Lehrer mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung gleichgestellt werden; und solange das aus finanziellen Gründen nicht erreichbar ist, fordern sie eine Aufhebung jeder Bremse nach oben, also die Möglichkeit der Weiterentwicklung unserer Gehälter. Herr Ministerialdirektor Schwartzkopf verteidigt diesen verschiedenen Forderungen gegenüber die Regierungsvorlage, welche er als ein Kompromiß für beide Teile empfiehlt.

Auch hierzu einige wörtliche Anführungen aus dem Stenogramm.

Herr Abgeordneter Freiherr von Richthofen (kons.) führt dazu aus: „Wir betonen auf das allerentschiedenste, daß es eine Forderung, die bei diesem Gesetzentwurf geregelt werden muß, in erster Linie ist: Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land.“ Weiter erklärt er: „Nicht daß wir etwa nicht anerkennen wollten, daß Teuerungszulagen gegeben werden sollen in den großen Städten.“ — „Aber meine Herren, das ist doch keine Frage, daß, wenn wir nicht eine gleiche Bemessung der Gehaltsverhältnisse in Stadt und Land gesetzlich festlegen, wir nicht erreichen, was die Landlehrer wollen! Und es ist sehr fraglich, ob das zu erreichen ist, wenn die Zulagen in den großen Orten pensionsfähig gemacht werden; denn in diesem Falle fürchten wir, daß die Landflucht doch nicht aus der Welt geschafft werde.“

Auch Herr v. Dittfurth (kons.) befürchtet, daß durch Ortszulagen wieder bewirkt werden wird, daß eine Landflucht der Lehrer stattfindet, und „daß dem nur vorgebeugt werden kann, wenn eben dieser willkürlichen Erhöhung der Lehrergehälter durch das Gesetz ein Riegel vorgeschoben wird“.

Demgegenüber führt Herr Abgeordneter Schiffer (nat.-lib.) aus, daß „eine Gleichstellung um jeden Preis, also auch eine Gleichstellung nach unten“, die Landflucht teilweise beseitigen würde, weil „eine Veranlassung, in die Stadt zu ziehen, weniger vorhanden sein würde“. „Aber“, fährt er fort, „wenn wir wirklich diesen Weg beschreiten wollten, um die Landflucht der Lehrer zu bekämpfen, so würde dies nichts anderes heißen, als den Teufel durch Beelzebub austreiben. (Lebhafte Zustimmung links.) Denn wir würden zwar den Zuzug in

die Stadt eindämmen, aber viel mehr noch den Zuzug in den Lehrerberuf überhaupt (sehr richtig! links), an die Stelle der Landesflucht würde eine Standesflucht der Lehrer treten.“ Zur Gleichstellung der Lehrer unter sich erklärt er, daß die Partei grundsätzlich eine Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land gutheiße, obgleich sie, wie er eingesteht, in zweifellosem Widerspruch steht zur Verfassung, zur bisherigen Entwicklung des Lehrerbessoldungswesens und damit zur Volksschule überhaupt. Begründet wird diese Stellungnahme durch die vollständig veränderten Verhältnisse. Da die Nationalliberalen ein Einheitsgehalt verlangen, welches der Höhe des Gehalts der Sekretäre der Staatsverwaltung entspricht, und da mit einem Schlage diese Gleichstellung nicht zu erreichen sei, so fordern sie, was schon jetzt praktisch geschehen soll. „Einmal ist nach Kräften das Mindestgehalt zu erhöhen, und zweitens die Möglichkeit, schon in der Zwischenzeit — bis zur gesetzlichen Einführung des Einheitsgehalts — die diesem entsprechenden Gehaltssätze zu erreichen, nicht zu beschränken, sondern zu erhalten und tunlichst zu steigern.“

Herr Abgeordneter Cassel (Freis. V.-P.) wendet sich gegen die Bremsbestimmungen auch im Interesse der Selbstverwaltung der Gemeinden. Er wünscht, daß allen Gemeinden die Möglichkeit der Erhöhung über den Normalatz hinaus belassen werde. Herr Abgeordneter Cassel vertritt auch die Ansicht, daß nur durch Aufhebung der Bremsbestimmungen mit der Zeit die Gleichstellung der Lehrer mit den Gerichts- und Verwaltungssekretären erfolgen kann.

Herr Abgeordneter Ziesché (Zentr.) wünscht, daß die Ortszulagen pensionsfähig belassen werden, da sonst Tausende von Lehrern gezwungen würden, bei der alten Besoldungsordnung zu bleiben.

Alle Parteien sind sich darüber einig, daß die Einteilung der Orte, in denen Zulagen gezahlt werden dürfen, nach der Einwohnerzahl nicht zutreffend ist. Herr Abgeordneter Dr. Glattfelder (Zentr.) vertritt besonders den Standpunkt, daß auch weitere zusammengehörige Wirtschaftsgebiete noch hineinbezogen werden müssen und Ortszulagen erhalten sollen.

Den verschiedenen Wünschen auf Gleichstellung der Lehrer gegenüber führt Herr Ministerialdirektor D. Schwartzkopf aus: „Die einen wünschen zurzeit ein Einheitsgehalt für Stadt- und Landlehrer, die anderen wünschen Beibehaltung des gegenwärtigen Systems. Die Staatsregierung hat in ihrer Vorlage versuchen müssen, zwischen diesen beiden Strömungen einen mittleren Weg zu finden, ein Kompromiß herzustellen, und das ist es, was Ihnen die Vorlage im Prinzip empfiehlt, d. h. man kommt den Freunden des gegenwärtigen Einheitsgehaltes dadurch entgegen, daß man tunlichst eine Erhöhung von unten zu erreichen sucht, tunlichst ein Einheitsgehalt wenigstens bezüglich der Alterszulagen zu erreichen sucht, aber vor der Unmöglichkeit, vorhandene Gehälter herabzumindern und jegliche Bewegungsfreiheit der Gemeinden auszuschließen, Halt macht, im Gegenteil den Wünschen von jener Seite dadurch Rechnung trägt, daß man eine Bewegungsfreiheit der Gemeinden auch für dieses Gesetz akzeptiert und nur eine Grenze für die Bewegungsfreiheit durch das Gesetz zu finden sucht.“

Welche positiven Vorschläge zur Verbesserung des Entwurfs sind während der 1. Lesung gemacht worden? Da ist hervorzuheben, daß von allen Seiten, auch von denen die ein Einheitsgehalt schon jetzt wünschen, hervorgehoben wurde, das Niveau, auf welchem das Einheitsgehalt durchgeführt werden kann, ist mit 1350  $\mathcal{M}$  zu niedrig bemessen. Direkt wird von den Konservativen das allerdings nicht ausgesprochen. Aber man darf wohl annehmen, daß sie einer solchen Erhöhung auch zustimmen würden; denn Herr v. Dittfurth führt aus: „Es wird zu solchen Erhöhungen (gemeint sind Ortszulagen. — Der Verf.) kein Bedürfnis mehr vorhanden sein, wenn ein Einheitsgehalt gefunden und normiert wird, welches den berechtigten Ansprüchen der Lehrer und ihrer wirtschaftlichen Lage entspricht.“ Herr Abgeordneter Freiherr v. Zedlitz legt besonderen Wert auf die Erhöhung der Alterszulagen. Er schließt diese Ausführungen: „Es muß in der Tat eine beträchtliche Erhöhung der Dienstalterszulagen im ganzen eintreten, wenn die Sätze geeignet sein sollen, als Einheitsgehalt für die ganze Monarchie zu gelten.“

Dann muß noch eine Tatsache hervorgehoben werden, die in den Berichten der Tageszeitungen nicht immer erwähnt worden ist. Alle Parteien traten mehr oder weniger dafür ein, daß die Verteilung der Alterszulagen auf die einzelnen Dienstjahre anders geregelt werden möchte, und daß das Höchstgehalt nicht erst nach 31 Dienstjahren zu gewähren sei. Hoffen wir, daß die Bemühungen der Herren Abgeordneten in dieser Richtung auch von Erfolg gekrönt seien; denn damit würde auch ein langgehegter Wunsch der Lehrerschaft erfüllt werden. Herr Abgeordneter Ziesché (Zentr.) hat der Freude, die über die Erfüllung dieses Wunsches in Lehrerkreisen herrschen würde, Ausdruck gegeben, wenn er erklärt: „Es hat mich gefreut, daß Herr Abgeordneter Frhr. v. Richthofen einen Gedanken ausgesprochen hat, der in der Tat sehr erwägenswert ist, daß nämlich nicht eine schematische Verteilung der Alterszulagen von 200  $\mathcal{M}$  stattfinden möchte, sondern eine gewisse Verdichtung der Zulagen an den Stellen, wo für den Empfänger das meiste Bedürfnis besteht. Ich würde mich in der Tat freuen, wenn in der Kommission dafür

Stimmung wäre. — Ebenso habe ich mich darüber gefreut, daß hier zum Ausdruck gebracht ist, die Frist von 31 Jahren zur Erreichung des Höchstgehalts sei zu lang.“

Auch für die jungen Kollegen, die bis zum 4. Dienstjahre nur  $\frac{4}{5}$  des Grundgehalts bekommen sollen, wurde von den Herren Abg. von Dittfurth, Dr. Glattfelder und Hoff eine Lanze gebrochen. Die Herren wünschten, daß die Kollegen schon nach der 2. Prüfung in den Genuß des vollen Grundgehalts kommen sollen. Herr Hoff bezeichnet sehr richtig, besonders im Hinblick auf die Löhne in Industriedörfern des Westens, die 1080  $\mathcal{M}$  jährlich „als das Einkommen der untersten Stufe des Proletariats.“ —

Nun zur Mietsentschädigung. Hierbei bringt uns die Vorlage eine Verschlechterung nach 2 Richtungen. Einmal soll bei der Pensionierung nur ein Durchschnittssatz festgesetzt werden und zum andern wird gesetzlich bestimmt, daß unverheiratete Kollegen eine entsprechend niedrigere Mietsentschädigung zu erhalten haben. Besonders treffend bemerkt hierzu der Herr Abgeordnete Cassel (freis. V.-P.): „Die Pension soll nicht nach den Sätzen der Mietsentschädigung gewährt werden, die die einzelne Lehrkraft erhält, sondern nach dem Durchschnitt der Sätze in einer Provinz, was notwendig zu einer Verkürzung der Pension der Lehrer in teureren Orten führen muß. Das mag bei anderen Beamten der Fall sein. Aber sie setzen ja sonst nicht für die Beamten und Lehrer gleichmäßige Bestimmungen fest.“ Weiter unten heißt es: „Erst vorgestern (bei Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage. D. Verf.) haben wir vom Herrn Finanzminister gehört, zu welchen Nachforschungen das führen würde, wenn man bei dem Wohnungsgeldzuschuß einen Unterschied machen wollte zwischen Verheirateten und Nichtverheirateten, welche Umstände da zu berücksichtigen wären, die Pflicht, mit den Eltern zusammen zu leben, sie zu unterstützen usw. Alle diese Gründe schienen allerdings dafür zu sprechen, diese Unterscheidung nicht zu machen. Da frage ich: Warum soll das, was bei den Beamten recht und billig ist, bei den Lehrern nicht gelten?“

Einen sehr weiten Raum nehmen in der Debatte die Besoldungskassen ein. Da wird es zunächst allen Kollegen aufgefallen sein, daß Herr Freiherr von Zedlitz, der am 15. Februar 1908 auf einer Versammlung in Cottbus erklärte, „es sei nicht an der Zeit, für die Besoldungskassen einzutreten“, diese jetzt sehr lebhaft verteidigt. Die Tatsache klärt Herr Freiherr von Zedlitz in einer persönlichen Bemerkung am Schluß der Debatte wie folgt auf: Er gibt zu, auf jener Versammlung die Frage der Besoldungskassen nicht für spruchreif erklärt zu haben, fährt aber dann fort: „Ich füge hinzu, daß ich mich inzwischen davon überzeugt habe, daß die Frage der Besoldungskassen in der Tat bereits spruchreif sei. Ich meine, daß eine solche Entwicklung mir nicht zum Vorwurf, sondern zur Ehre gereichen kann. Wenn ich nicht mehr entwicklungsfähig wäre, würde ich nicht mehr politisch tätig sein wollen.“ —

Aus der Debatte über die Besoldungskassen sei nur hervorgehoben, daß Konservative und Freikonservative für solche Kassen eintraten, während die Redner des Zentrums und der Nationalliberalen versprachen, positive Vorschläge abzuwarten und diese sorgfältig zu prüfen. Entschieden gegen die Besoldungskassen sprach Herr Abg. Cassel, der in solcher Einrichtung eine schwere Benachteiligung leistungsfähiger Gemeinden und einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht aller Gemeinden erblickt. Herr Ministerialdirektor D. Schwartzkopf führte gegen diese Kassen besonders Bedenken wegen der Verfassung ins Feld und lehnte sie deshalb ab.

Am Schluß dieser Ausführungen sei besonders den beiden Abgeordneten Hoff und Ziesché herzlicher Dank abgestattet für den energischen Protest, den gerade sie als Lehrer gegen die Eingliederung unseres Standes durch dies Gesetz und seine Begründung erhoben haben.

Herr Abgeordneter Hoff (freis. Ver.): „Meine Herren, in der Begründung, welche dem Gesetze beigegeben ist, befindet sich ein Satz, der sich über die Eingliederung der Lehrer (zwischen Kanzlisten, Assistenten und Werkmeistern usw. D. Verf.) ausläßt; es heißt allda:

Die vorgeschlagenen Sätze tragen auch dem Grundsatz, daß das Dienst Einkommen der Volksschullehrer und -lehrerinnen ihrer Vorbildung sowie der Schwierigkeit und Wichtigkeit des Lehramts entsprechen soll, Rechnung.

Meine Herren, ich erhebe gegen diesen Satz hier in aller Form und mit aller Energie Protest (sehr richtig! links) und muß sagen, daß ich diesen Satz als eine persönliche Kränkung empfunden habe. (Sehr richtig! links.) — Und ich weiß, daß diese Gefühle geteilt werden in allen Teilen der preußischen Lehrerschaft.

Herr Abgeordneter Ziesché (Zentr.): „Meine verehrten Herren, das muß ja der ganze Stand als eine Kränkung empfinden; das ist wie ein ewiger Aschermittwoch, und der sollte doch endlich einmal ein Ende nehmen!“

## Versammlung der Kreisvertreter in Breslau

am 31. Oktober 1908.

Der Schlesische Lehrerverein und der Verein kath. Lehrer Schlesiens hatten gemeinsam die Vertreter ihrer Kreisbureaus und die der Kreislehrerversammlungen in Bräuers Festsaal zu einer Versammlung einberufen. Einziger Punkt der Tagesordnung war die **Stellungnahme zum Entwurf des neuen Besoldungsgesetzes**. Geleitet wurde die Versammlung von den beiden ersten Vorsitzenden der genannten Verbände, Rektor Köhler und Rektor Neumann. Der Versammlung ging eine gemeinsame

### Sitzung der Gesamtvorstände

beider Lehrerverbände voran, die von 3 $\frac{1}{2}$  bis nach 7 Uhr dauerte. Mit aller Gründlichkeit, die man von der Arbeit der Vorstände großer Verbände ja gewohnt ist, wurden die Richtlinien besprochen, die bei einer Stellungnahme zum Entwurf in Betracht zu ziehen sind. Die Berichterstattung kann aus den bei einer solchen Standes- und Lebensfrage natürlich weit ausgesprochenen Erörterungen nur wenige Merksätze mitteilen.

Rektor Köhler begründete das Zusammengehen der beiden schlesischen Verbände. Es sei jetzt allen darum zu tun, den Erfolg zu sichern. Die Sache steht jetzt so, daß das Zentrum den Ausschlag geben muß. Hierbei sollen die kath. Kollegen uns Stütze sein. Das Zusammengehen hätte schon früher geübt werden sollen, besonders beim III. Preußischen Lehrertage; dann wäre die ominöse Zahl von 1350  $\mathcal{M}$  der Regierung nicht so geläufig geworden und auch nicht ins Gesetz gekommen.

Die von den beiden Vorständen bestimmten Referenten, Lehrer J. Müller aus Liegnitz, Vorsitzender des Provinzialbureaus des Schlesischen Lehrervereins, und Lehrer Fritsch aus Neumarkt, Vorsitzender des Zentralbureaus für Besoldungsangelegenheiten des Vereins kath. Lehrer Schlesiens, entwickelten die Gesichtspunkte, denen sie bei Abfassung ihrer Referate gefolgt seien. Kollege Müller hatte als Referent die drei Hauptgrundsätze des Entwurfs: Grundgehalt, Alterszulage und Ortszulage betreffend, zum Gegenstande seines Referats gemacht, während Kollege Fritsch u. a. die Stellung der alleinstehenden und ersten Lehrer, der Kirchschullehrer, der nicht endgültig angestellten Lehrer beleuchtete. Beide Referenten unterbreiteten auch dem Vorstände als Ergebnisse ihrer Erörterungen einige Sätze, die der Versammlung als Beschlüsse vorgeschlagen werden sollten.

Aus der Besprechung klang immer wieder der Satz hindurch, der Entwurf möge Gesetz werden, aber doch Verbesserungen erhalten, die erreichbar sind. Man solle darum auch nicht an den Grundsätzen des Gesetzes rütteln, sondern nur Verbesserungen zu erlangen suchen. Die Lehrerschaft könne nicht sagen, daß das Gesetz unannehmbar sei; sie muß es annehmen, auch wenn wesentliche Forderungen der Lehrer zurzeit unerfüllt bleiben, weil eben Not und Mangel im Schulhause tatsächlich groß seien. Im Vergleich mit den Beamten sollten nicht die Höchstgehälter, sondern das Anfangsgehalt herangezogen werden. Die Sterblichkeitsziffer unter den Lehrern sei viel höher als bei den Beamten. Nur ein ganz geringer Prozentsatz (12 Prozent) erreiche darum das Höchstgehalt, das wie ein gelobtes Land sei, das man uns nur schauen läßt, in das wir aber nicht kommen.

Von mehreren Seiten wurde gewarnt, Zahlen für Grundgehalt und Alterszulagen zu nennen, um die Möglichkeit nicht zu unterbinden, mit dem Westen auf einer Linie sich zusammenfinden zu können. Nennen wir Zahlen, so könnten diese Zahlen doch mit denen des Westens differieren. Die Hauptsache sei aber, daß wir einig bleiben. Wir bereuten ja heute alle die Zahlen, die früher genannt worden sind. Sicher käme die Reue nach einigen Jahren wieder, wenn heute neue Zahlen genannt würden.

In geschlossener Einheit aber müsse auch heute unser Endziel genannt werden: Gleichstellung mit den Verwaltungssekretären.

Warme Fürsprecher fanden die nicht endgültig angestellten Kollegen, denen nicht  $\frac{4}{5}$ , sondern das volle Grundgehalt zu gewähren sei.

Ein kath. Vorstandsmitglied aus Oberschlesien beleuchtete in eingehender Weise die dortigen Verhältnisse und wies die Notwendigkeit nach, den ganzen Industriebezirk als wirtschaftliche Einheit aufzufassen.

Ein Rechtsschutz-Mann aus Breslau stellte es als überaus wünschenswert hin, daß durch das neue Gesetz den berechtigten Klagen über die ungenügenden Verhältnisse bei Dienstwohnungen in bezug auf Umfang, Einrichtung und Unterhaltung ein Ende gemacht werde.

Lebhaften Eindruck machten die Ausführungen eines Vorstandsmitgliedes vom Lande, das für die Gewährung der Ortszulagen eintrat. Wenn wir jetzt auf dem Lande eine Gehaltserhöhung erfahren, so haben wir das dem höheren Gehalte der Stadtlehrer zu verdanken, das die Landlehrergehälter nach sich gezogen habe. Er sei darum auch gegen jegliche Bremse, die dem ganzen Stande nur Schaden bringen könne.

Für die Kirchschullehrer traten die Referenten und die als Kirchenbeamte tätigen Vorstandsmitglieder ein.

Die beiden Vorstände einigten sich dahin, der Versammlung die Annahme folgender Sätze, die nur eine Information und Richtschnur für die Delegierten zum Berliner Lehrertage bedeuten sollten, zu empfehlen:

1. Obwohl wir den Fortschritt der Gehaltsfestsetzung im Entwurf für die Mindestbesoldeten gegenüber der bisherigen Besoldungsrückständigkeit nicht verkennen, erachten wir die Höhe der gemachten Gehaltsvorschläge zu einer befriedigenden Lösung der Lehrerbesoldungsfrage als nicht ausreichend.

Wir erheben fortgesetzt die Forderung nach Gleichbemessung im Gehalt mit dem der Verwaltungsssekretäre.

2. Da nach der ersten Lesung der Vorlage im Abgeordneten-hause zu unserm Bedauern zu ersehen ist, daß die Erfüllung unserer Forderung wenig Aussicht bietet, so erwarten wir eine Änderung des Entwurfs in folgenden Punkten:

- a) Grundgehalt und Alterszulagen sind zu erhöhen, insbesondere ist auf eine Verstärkung der ersten Alterszulagen Gewicht zu legen.
- b) Das Höchstgehalt ist früher zu erreichen.
- c) Die Gewährung von pensionsfähigen Ortszulagen muß allen Gemeinden gestattet sein.
- d) Die Ortszulagen dürfen in ihrer Höhe so lange nicht beschränkt werden, bis die Besoldung der Verwaltungssekretäre erreicht ist.
- e) § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 3. März 1897 möge auf alleinstehende und erste Lehrer ausgedehnt werden.
- f) Zusatz zu § 16 Absatz 8 des Entwurfs: So lange jedoch die gehaltliche Gleichstellung mit den Verwaltungssekretären nicht vollzogen ist, soll bei Lehrern, welche eine Wohnungsentschädigung über dem Durchschnittssatze beziehen, der volle Betrag pensionsfähig sein.
- g) Das Kircheneinkommen ist auf das Lehrergehalt nicht anzurechnen.

Unmittelbar an die Vorstandssitzung schloß sich im geräumigen Festsaal die

### Vertreterversammlung.

Die Schriftführer und Schatzmeister der beiden Verbände prüften am Saaleingange die Vollmachten und zahlten die zugebilligten Reise- und Tagegelder aus. Einige Delegierte müssen von der ihnen zugeordneten Gehaltsaufbesserung so berauscht gewesen sein, daß sie sogar den Empfang der Reisevergütung vergessen haben. Vom Verein kath. Lehrer Schlesiens waren 51 Kreisbureaus mit 59 Vertretern, vom Schlesischen Lehrerverein 58 Kreisbureaus vertreten. Einige Kreisversammlungen hatten noch besondere Vertreter entsandt. Aus den Breslauer Kreisbureaus waren 4 Vertreter anwesend. Die Vertreter nahmen im Saale Platz und waren allein stimmberechtigt. Zutritt und Redefreiheit hatten aber alle Lehrer, auch Nichtmitglieder der Vereine. Von dieser Erlaubnis ist denn auch rege Gebrauch gemacht worden, so daß die Plätze auf und unter den Galerien gut besetzt waren. Nichtlehrer und Vertreter der Tagespresse waren von der Versammlung ausgeschlossen.

Um  $\frac{1}{2}$  Uhr eröffnete Rektor Köhler die Versammlung. Er begrüßte alle die lieben Gesichter, von denen er wünscht, daß sie alle bald recht fröhlich ausschauen möchten. Er brauche keinem ins Herz sehen, er wisse, wie es bei jedem jetzt da drinnen ausschaut. Der Entwurf stehe auf des Messers Schneide. Wir durften also jetzt nicht mehr viel neues fordern, besonders keine radikalen Forderungen erheben, sonst werde das Gesetz bis Weihnachten nicht fertig und das uns zuge dachte Weihnachts-geschenk käme zu spät.

Kollege Müller nimmt sodann das Wort zu seinem Referat:

### Der Besoldungsgesetzesentwurf.

Es ist unsere Absicht, heut Stellung zu nehmen zu dem neuen Gesetzesentwurf. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, in entscheidender Stunde unsere Wünsche zur Umgestaltung des Entwurfs vor dem Staatsministerium und dem Parlament auszusprechen. Von vornherein sei festgestellt: Wir verkennen nicht den Fortschritt, den der Gesetzesentwurf der großen Mehrheit unseres Standes, den Minderbesoldeten bringt. Dieser Fortschritt ist aber nur um deswillen so auffallend, weil der Rückstand dieses Teiles der heutigen Lehrerbesoldung ein so großer ist. Und diesen Rückstand hebt die neue Vorlage bei weitem noch nicht auf.

Für die Richtung unserer etwaigen Beschlüsse ist es notwendig, diejenigen Gesichtspunkte aus der Begründung zum Gesetz hervorzuheben, die für die Staatsregierung maßgebend sind:

1. zur Vornahme der Besoldungsrevision überhaupt,
2. für die Grundsätze der Besoldungsreform,
3. für die Höhe der im Entwurf genannten Normalsätze.



Herr Ministerialdirektor D. Schwarzkopff hat am vorigen Donnerstag selbst gesprochen von „der Notlage, die in Lehrerhäusern vielfach vorhanden ist“. Mehrere hundert Mark der Erhöhung der Gehälter müssen zurzeit allein auf das Konto der veränderten Teuerungsverhältnisse gesetzt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lebensführung des Gewerbe-, Handels- und Arbeiterstandes bewegen sich seit einem Jahrzehnt in rasch aufsteigender Linie. Dieser Wandel darf bei der Inhaltsbestimmung des Begriffs „angemessener Lebensunterhalt“ auch beim Lehrerstande nicht außer acht gelassen werden. Mit Berücksichtigung beider Momente — Teuerung und gehobene Lebensführung aller Stände — sind die Normalgehälter, wie sie der Entwurf vorsieht, bei weitem nicht ausreichend für einen angemessenen Lebensunterhalt. Schließlich unterliegt allerdings der Begriff von „angemessener Lebensführung“ in allen Fällen einer subjektiven Auffassung. Je nach der Schätzung der Bildung eines Standes und der Bedeutung seiner Wirksamkeit wird man seine Lebensführung als angemessen bestimmen. Unzweifelhaft steht das eben besprochene Argument in der Begründung zum Entwurf zu dem nächsten in sehr enger Beziehung.

Die vorgeschlagenen Sätze nämlich tragen 5. dem Grundsatz, daß das Dienst Einkommen der Volksschullehrer und -lehrerinnen ihrer Vorbildung, sowie der Schwierigkeit und Wichtigkeit des Lehramts entsprechen soll, Rechnung. Ist das in der Tat die Meinung der Staatsregierung und der Unterrichtsverwaltung? Oder ist das Finanzministerium, dessen Chef bekanntlich allein den Entwurf unterzeichnet hat, nur der Ansicht? Betrachten wir die Stellung der Volksschullehrergehälter in der Beamtenbesoldungsstaffel, so kommt in dem Platze ein Schätzwert der Volksschule als Kulturfaktor zum Ausdruck, der bedauerlich ist, und wogegen wir Protest einlegen müssen. Weite Kreise unseres Volkes dürften im Hinblick auf den Anteil, den die Volksschule an dem kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung unsers Vaterlandes besitzt, die Arbeit des Lehrerstandes höher einschätzen. Hoffen wir, daß allmählich auch die gesetzgebenden Faktoren zu einer solchen Auffassung kommen.

Ist die Gleichstellung mit den Verwaltungssekretären zurzeit nicht zu erreichen, so müssen die Sätze im Entwurf doch so bemessen werden, daß sich die Normalzahlen der Besoldung dieser Beamtengruppe wesentlich nähern.

Der Entwurf läßt neben dem Normalgehalt pensionsfähige Ortszulagen zu. Er kommt damit den Beschlüssen des IV. Lehrertages und der Preussischen Abteilung des kath. Vereins entgegen, denn in diesen Beschlüssen liegt die Vereinigung einer Gleichstellung auf einer Stufe, die der Besoldung der Verwaltungssekretäre nicht entspricht. Dadurch aber, daß der Kreis für die Gewährung von Ortszulagen sehr eng gezogen ist, ist für die große Mehrheit der Lehrer die Gleichstellung auf einer unteren Linie doch ausgesprochen. Der Gesetzentwurf erachtet selbst die Normalsätze als nicht überall ausreichend, sonst würde er die Ortszulagen nicht eingefügt haben; der Entwurf hält an den „örtlichen Verhältnissen“ fest, und doch schematisiert er in einer Weise, die die Kritik herausfordert. Die Beunruhigung in unserer Provinz ist am stärksten in den Industriegebieten und in dem Hirschberger Gebiete. Bei Anwendung der im Entwurf gezogenen Grenzen würde der Waldenburger Industriebezirk und das Hirschberger Tal mit seinen besuchten Sommerfrischen und der verkehrsreichen Stadt Hirschberg leer ausgehen, und im oberschlesischen Industriebezirk würden sich kaleidoskopische Verhältnisse ergeben. Die Beteiligten haben den berechtigten Wunsch, daß jedes dieser Gebiete mit seinen starken Bewohnerzahlen als wirtschaftliche Einheit aufgefaßt wird.

Die vereinigten Vorstände vertreten die Auffassung, daß jedem Orte in der Monarchie die Möglichkeit der Gewährung von Ortszulagen gegeben sein muß, solange unzureichende

Normalsätze bestehen. Diese Bremse für die Mehrheit muß ebenso fallen wie die Beschränkung in der Höhe der Ortszulagen für die Verbände mit mehr als 25000 Einwohnern. Der Grund zur Einschaltung der Bremse und zu der rein schematischen Staffellung ist ohne jede Verklammerung im Entwurf angegeben: Man will den Besoldungskarren nicht durch schulfreundliche und leistungsfähige Verbände vorwärts ziehen lassen. Man fürchtet dieselben „mißlichen Folgeerscheinungen“, die sich beim alten Gesetz einstellten und zur bevorstehenden Revision des Gesetzes fast allein den Anstoß gegeben haben. Man will Ruhe haben! Gewiß, auch die Lehrerschaft sehnt das Ende der Gehaltsbewegung herbei; aber einen Frieden, dessen Kosten sie allein zu tragen hätte, kann sie nicht schließen. Niemals ist so deutlich wie in der Begründung des Entwurfs es ausgesprochen worden: das Voranschreiten der größeren Städte hat zur Revision des Besoldungsgesetzes geführt. Angesichts dieses ministeriellen Bekenntnisses wird sich keiner in unsern Reihen, wenn nicht starke Voreingenommenheit ihn blendet, der Einsicht verschließen können: Es liegt im Interesse des gesamten Lehrerstandes, daß die Bremse in das Gesetz nicht hineinkommt. Die Ortszulagen ermöglichen die Annäherung eines Teiles der Besoldung der Lehrer an die Verwaltungssekretäre und schaffen so Bahn für die Gehaltsentwicklung der Allgemeinheit. Ihre Anwendung im Gesetz ist darum unter den vorhin besprochenen Erweiterungen zu begrüßen. Kann man die Bremse nicht entbehren, so schalte man sie ein, wenn die Höchstgehälter der Verwaltungssekretäre erreicht sind.

Zu den Bestimmungen, die die Gesamtheit in erster Linie interessieren, gehören auch die über Mietsentschädigung. Der im § 16 zum Ausdruck gebrachte Modus, daß künftig die Mietsentschädigung vom Provinzialrat einheitlich für jede Ortsklasse — die alte Einteilung in fünf Servisklassen bleibt beibehalten — festgelegt wird, enthebt die Lehrerschaft von den nicht immer angenehmen Bemühungen bei der Ortsverwaltung um angemessene Sätze. Der Entwurf gewährleistet eine ausreichende Mietsentschädigung. Herr Ministerialdirektor Schwarzkopff erklärte am Donnerstag im Abgeordnetenhaus, die Lehrer befänden sich bei den Gehaltsfestsetzungen auch teilweise im Vorzug den Beamten gegenüber, da sie eine Mietsentschädigung und die Beamten nur einen Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Hoffentlich kommt diese Auffassung des Vertreters des Kultusministers bei den Festsetzungen der Mietsentschädigungen durch den Provinzialrat zum Ausdruck. Beanstandet muß in dem Entwurf die Bestimmung der Kürzung der Mietsentschädigung um ein Drittel für die unverheirateten Lehrer ohne eigenen Haushalt mit mehr als vier Dienstjahren werden. Herr von Rheinbaben wies am vorigen Mittwoch im Abgeordnetenhaus die Unausführbarkeit der gleichen Bestimmung für die Beamten nach. Bei den Beamten wird also voraussichtlich Drittelkürzung nicht Platz greifen. Das elementarste Rechtsgefühl fordert es, daß die bereits im Grundgehalt und in den Alterszulagen den Beamten nachstehenden Lehrer nicht auch noch durch eine gesetzliche Norm in der Mietsentschädigung benachteiligt werden.

Mit verschiedenen Empfindungen werden die Großstadtlehrer und die Landlehrer der Bestimmung gegenüber stehen, nach welcher bei der Pensionierung ein Durchschnittssatz der Mietsentschädigung gezahlt werden soll. Das Bestreben der Landlehrer nach einem Pensionssatz für die Wohnungsbewertung, die annähernd ausreicht zur Beschaffung einer Wohnung in der Stadt, muß die Unterstützung der Allgemeinheit finden. Andererseits kann man es verstehen, wenn die Großstadtlehrer sich dagegen sträuben, solange die Gleichstellung mit den Beamten nicht erreicht ist, künftig von ihrer Mietsentschädigung beträchtlich weniger als 75 Prozent zu erhalten. Der Gesetzgeber wird beiden Teilen entgegen kommen müssen, wenn er Gerechtigkeit walten lassen will. Die Durchschnitts-

berechnung ist als Prinzip zu wünschen. Solange jedoch die gehaltliche Gleichstellung mit den Sekretären der Verwaltung nicht vollzogen ist, wird einer ungerechten Behandlung der Großstadtlehrer nur vorgebeugt, wenn bei Mietsentschädigungen, die über dem Durchschnittssatz stehen, der volle Betrag pensionsberechtigt bleibt.

Mit Absicht scheidet ich in meinem Referat alle Fragen aus, die nicht die Gesamtheit berühren. Sie werden von den einzelnen Interessenten wohl noch in die Debatte hineingetragen werden und zur Behandlung kommen. Ebenso handle ich im Auftrage der vereinigten Vorstände, wenn ich diejenigen Paragraphen keiner Erörterung unterziehe, die sich mit der Aufbringungsweise der Gehälter und mit der Verteilung der Staatsbeiträge beschäftigen.

M. H., wir stehen vor der Entscheidung. Wenn die preußische Lehrerschaft ihre Forderungen mit Einigkeit vertritt, aber auch nur dann, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Wiederholt wurden des Redners klare und überzeugende Ausführungen durch Beifall und Zustimmungsrufe ausgezeichnet. Einmütiger Beifall und lebhaftes Händeklatschen spendete ihm die Versammlung auch zum Schlusse. Der Vorsitzende faßt diesen Dank noch in ehrende Worte für den Redner zusammen.

Ein Extrablatt flatterte jetzt auf den Vorstandstisch. Der Vorsitzende machte die Versammlung mit der Nachricht von der Demission des Reichskanzlers von Bülow bekannt.

Darauf nimmt der Korreferent, Lehrer Fritsch aus Neumarkt, das Wort.

Eine Vorlage, die die lebendige, immer wertvoller werdende Lehrerarbeit nicht für heute und morgen, nein auf Jahrzehnte hinaus gegenwerten soll, kann unmöglich in einer unvollkommenen Weise zum Gesetz erhoben werden.

Wenn wir uns jetzt wieder mit einer Flickarbeit abfinden lassen, dann werden uns spätere Lehrgeschlechter den Vorwurf der Saumseligkeit machen. Unsere Partie ist noch nicht verloren, wenn wir in 12. Stunde ganz einig sind und so unsere Forderungen wuchtig zu Gehör bringen. Allem Anschein nach haben wir in starken Parteien des Abgeordnetenhauses gute Bundesgenossen.

Wir werden unseren Hauptforderungen um so mehr Nachdruck verleihen können, je mehr wir sie von allem Beiwerk entkleiden. Wenn ich mir die Preßstimmen der letzten Tage und die Beschlüsse der Kreisversammlungen ansehe, so finde ich, daß die Hauptsachen unter einem Wust von Nebensächlichkeiten fast vergraben sind. Das sind die Nebenwünsche jener Kollegen, die in ihres Herzens Kämmerlein auf eine bessere Gestaltung des neuen Besoldungsgesetzes in seinen Grundzügen bereits verzichtet haben.

Auch ich will die Vorzüge des Entwurfs kurz ins Licht rücken. Es bringt einzelnen Kollegen eine sofortige Mehreinnahme von 40—50 Prozent. Das ist für diese ärmsten Stiefkinder unter den Stiefkindern des preußischen Staates ein großes Glück. — Es bringt uns weiter eine prinzipielle Gleichstellung und damit die Hoffnung auf einen langersehnten Frieden im Lehrstande. Unterschiede bis zu 1650 *M* sind künftig unmöglich gemacht.

Das Gesetz benötigt ferner zu seiner Durchführung keinerlei Verhandlungen der Lehrer in kleineren Orten mit den unterhaltungspflichtigen Gemeinden. Das ist ein außerordentlicher Vorzug des Entwurfs, der uns viele Demütigungen erspart. Ich beneide somit die Kollegen der größeren Orte um die bei ihnen wahrscheinlich notwendig werdenden Bittgänge nicht, wenn diese auch hier weniger peinlich sind. Endlich soll das Gesetz den leistungsschwachen Schulverbänden keine oder nur geringe Lasten auferlegen. Das wird verhindern, daß man uns da draußen auf dem Lande weniger Wermutstropfen in den Freudenbecher träufelt; wenn uns auch das Gesetz bei den breiten Schichten der Bevölkerung nicht populärer machen wird.

Nun lege ich meinen Finger auf diejenige Stelle des Entwurfs, wo er die fühlbarste Schwäche aufweist, das ist das Grundgehalt von 1350 *M*. Wie man uns mit diesem Satze an die Standesehre rührt, haben die Lehrerabgeordneten bei der ersten Lesung deutlich genug ausgesprochen. Gegen diese Einschätzung müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Wie wir den Hebel anzusetzen haben, ist nun allerdings eine Frage der Taktik. Es empfiehlt sich nicht, bestimmte Zahlen zu nennen, weil es schwer sein würde, volle Einigkeit in den zahlenmäßigen Forderungen zu erzielen.

Ob ich die Leitsätze dann noch mit einer ganzen Reihe von Nebenwünschen bepacken würde, wäre wiederum eine Frage der Taktik. Heute, in zwölfter Stunde, liegen die Verhältnisse doch anders. An dem Grundsatz der freien Wohnung oder der vollen Mietentschädigung soll nicht gerüttelt werden. Den Lehrern soll jedoch ein Durchschnittssatz angerechnet werden. Zweifellos würde das als ein Fortschritt für die Landlehrer und wohl auch für die Kleinstadtlehrer bezeichnet werden müssen. Für die Lehrer mit teuren Wohnungsverhältnissen würde dieser Durchschnittssatz eine Verschlechterung bringen. Diesem Übelstande würde durch Erfüllung unserer Bitte abgeholfen werden.

Es ist noch keinem aus unseren Reihen in den Sinn gekommen, gegen die Funktionszulage der Hauptlehrer an drei- und mehrklassigen Volksschulen zu reden. Die Inhaber dieser Stellen werden durch eine entsprechende Summe entschädigt, einerseits für die von ihnen zu leistende Bureauarbeit, andererseits aber auch für die hohe Verantwortlichkeit, die sie dem innern Schulorganismus gegenüber haben. Desgleichen hat der Hauptlehrer bei so manchen Anlässen das Kollegium nach außen zu vertreten, also zu repräsentieren.

Was also beim Hauptlehrer als ganz selbstverständlich gilt, das muß ich für den ersten und alleinstehenden Lehrer als recht und billig bezeichnen. Diese Kollegen haben auch Bureauarbeit, wenn auch in mäßigerem Umfange zu leisten; sie ermangeln dabei der Vergünstigung einer Kürzung an Schulstunden — also eines Privilegiums der Hauptlehrer.

Wunsch: Die alleinstehenden und ersten Lehrer mögen eine angemessene pensionsberechtigte Funktionszulage erhalten.

Bezüglich der Anrechnung des Dienstlandes bitte ich keinen Wunsch zu äußern. Ob der einfache Grundsteuer-Reinertrag der rechte Maßstab für die Einschätzung des Dienstlandes ist oder nicht, wollen wir dahingestellt sein lassen. Die idyllischen Zeiten des alten Dorfschulmeisters, wo derselbe im Kappchen und langer Pfeife hinter seiner Kartoffeln lesenden Schuljugend einherging, sind unwiederbringlich dahin. Heute verlangt das Lehramt den ganzen Mann, mit seiner ganzen Kraft, seinem ganzen Denken und Fühlen. Stempeln wir ihn doch nicht zum Stellenbesitzer. Konservieren wir doch den alten Zopf nicht, und wenn wir diesem und jenem Landlehrer noch einen Gewinn aus dem Schullande zuschlagen helfen. Hat er neben der Schule und seiner wissenschaftlichen Ausbildung ja übrige Zeit, dann mag er sie der Vereinstätigkeit oder der Musikpflege auf dem Lande widmen, für die Arbeit eines Stellenbesitzers ist er heute nicht mehr da.

Man erhebt ferner die Forderung, daß den einstweilig angestellten Lehrern das Grundgehalt bewilligt werde. Gegen die Forderung erkläre ich mich mit aller Entschiedenheit aus folgenden Gründen. Mit dem heraufgesetzten Einheitsgehalte ist auch der Wert der  $\frac{4}{5}$  gestiegen. Würde ein einstweilig Angestellter jetzt den rechten Divisor noch nicht finden, dann würde auch der 5. Fünfer noch keinen Rechner aus ihm machen. Die einstweilig angestellten Lehrer sind unverheiratet und sollten es wenigstens sein. Es ist eine unbillige Forderung, sie bedeutend höher zu stellen als die Lehrerinnen. Der Einwand, daß einstweilig angestellte Lehrer oft einen eigenen Hausstand zu gründen gezwungen sind, ist für mich durchaus

nicht durchschlagend. Wir alle sind doch einig in der Forderung, daß man einklassige Schulen überhaupt nicht mit Anfängern im Lehramte besetzen soll. Diese gehören an die Seite älterer, erfahrener Kollegen und sollen dort Familienanschluß suchen. Wir laufen Gefahr, daß diese unsere Forderung nicht ernst genommen wird, und daß man dann auch den Erfolg verschließt. Die einstweilig angestellten Lehrer gleichen den Diätaren und dann möge man sie getrost wie diese besolden. Bei der großen Anzahl der einstweilig Angestellten wird die Erfüllung der Forderung eine Unsumme kosten, man sagt uns aber, daß die Mittel für die Erfüllung unserer Hauptforderungen schon zu knapp seien.

Wieder folgte die Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners, der es verstand, ein trockenes Thema mit einem gewissen Schwunge zu behandeln. Geschickt knüpfte er an die Meldung von der Kanzlerkrise an und leitete die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer wie ein Zeppelinsches Luftschiff gewandt auf die ihm vorgestreckte Bahn. Auch seinen Worten folgte wiederholt lebhafter Beifall und zum Schlusse lohnte wieder kräftiges Händeklatschen und ein herzliches Dankeswort des Vorsitzenden den Redner für seine schöne Arbeit.

Nun setzte

#### die Debatte

über die beiden Vorträge ein.

Ein Antrag des Kollegen Hoppe-Cosel, von einer Generaldiskussion abzusehen und sofort in die Beratung der von beiden Vorständen vorgeschlagenen Sätze einzutreten, wird, nachdem Kollege Theißig sich gegen diesen Antrag ausgesprochen, abgelehnt.

Lehrer Muschalla-Kreuzburg bezeichnet die in dem Gesetz vorgeschlagenen Ortszulagen als die Leiter, auf der wir emporklettern. Redner wendet sich besonders gegen die auch in der Begründung des Entwurfs enthaltene Behauptung, daß die Lehrer sehr früh zur Anstellung gelangen.

Während es von den Beamten stets heißt, daß sie erst mit 27 oder 28 Jahren zur Anstellung gelangen, die Zeit ihrer diätarischen Beschäftigung also unberücksichtigt bleibe, rechnet man die Dienstzeit der Lehrer schon vom 20. Lebensjahre, übersieht demnach, daß auch die Lehrer eine Diätarzeit durchzumachen haben, nämlich die Zeit bis zur definitiven Anstellung. In dieser Zeit bezieht der junge Lehrer bekanntlich nur  $\frac{1}{4}$  des Grundgehalts, im Falle der unveränderten Annahme des Gesetzeswürfs also 1080 *M.* Nur wenn gesagt wird, das Grundgehalt der Lehrer betrage 1080 *M.*, ist es berechtigt zu sagen, der Lehrer tritt früh ins Amt. Wenn man aber behauptet, das Grundgehalt der Lehrer betrage 1350 *M.*, dann ist es falsch, von einem Frühinsamtretreten zu sprechen: denn ehe er dieses Gehalt bezieht, wird er 24 und 25 Jahre alt. Redner weist sodann zahlenmäßig nach, daß die Bezüge, die ein Lehrer von 18 bis 30 Lebensjahren hat — die im Seminar empfangenen Unterstützungen miteingerechnet — um etwa 2500 *M.* hinter denjenigen eines Regierungssekretärs in demselben Alter zurückbleiben. Lebhaft bedauert werden, daß wir auf der Gehaltsstaffel so tief eingestellt wurden. Die Gehalts-erhöhung der Oberlehrer wurde mit dem Satze begründet, daß dies aus Dankbarkeit für die nationale Erziehung der Jugend geschehe. In der Begründung unserer Vorlage fehle dieser Satz, und doch gehen 95 Prozent des deutschen Volkes durch die Volksschule. Außerdem wirkt der Lehrer durch seine Tätigkeit in Krieger-, Flotten- und Kolonialvereinen, in Volks- und Unterhaltungs- und Elternabenden doch auch im Sinne nationaler Erziehung. (Beifall.)

Lehrer Pätzold-Prausnitz wendet sich gegen die Bestimmungen des Entwurfs betreffend die Anrechnung des Ertrages der Landnutzung und des Einkommens aus einem Kirchenamte auf das Grundgehalt. Bezüglich der Landnutzung entspreche es der Gerechtigkeit, wenn der Ertrag zum einfachen Grundsteuerertrage berechnet werde. Die Berufslandwirte klagen immer: die Landwirtschaft bringe nichts ein. Dann könne sie doch dem Lehrer, der nur nachmittags in der Landwirtschaft sich beschäftige, nicht mehr einbringen. Das aus einem mit der Schulstelle dauernd verbundenen Kirchenamte erzielte Einkommen aber möge auf das Grundgehalt nicht angerechnet werden. Ganz besonders aber erhebe er Widerspruch gegen den Satz der Begründung, nach dem die in größeren Gemeinden vorhandenen reichentwickelten Schulsysteme die Festsetzung eines höheren Gehaltes rechtfertigen sollen.

Kantor Hübner-Hundsfeld spricht im Namen der Kirchschullehrer.

Lehrer Stanelle-Brockau protestiert gegen die niedere Einschätzung des Lehrerstandes, die insbesondere in dem niederen Grundgehalte und den niederen Alterszulagen zum Ausdruck komme. Sein Antrag, der Weisungen für die Vertreter zu den Berliner Lehrertagen enthielt, wurde abgelehnt.

Lehrer Moritz Bartsch-Breslau, bittet, aus der Debatte alles auszuschneiden, was geeignet wäre, Gegensätze zu schaffen oder etwa vorhandene zu verschärfen. Er warnt davor, sich immer vorzuwerfen, daß der oder jener mehr oder schwerere Arbeit zu leisten hat; wir tun alle nur unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Mit aller Energie müssen wir Bestimmungen ablehnen, durch die eine Gleichstellung um jeden Preis geschaffen würde, und die Schulverbänden jede Überschreitung der vorhergesehenen Gehaltssätze verbietet. Gerade das Recht, über die Minimalsätze des Gesetzes von 1897 hinauszugehen, hat die vorliegenden Sätze von 1350 *M.* und 200 *M.* ermöglicht. Wenn diese Freiheit den leistungsfähigen und leistungswilligen Gemeinden weiter belassen wird, dann werden auch die minderbesoldeten Lehrer zwar nicht direkt aber doch indirekt nachrücken. Dadurch ist von den Großstädten die leider von verschiedenen Seiten bestrittene Pionierarbeit für den ganzen Stand geleistet worden, die wir uns durch die im Entwurfe vorgesehene Bremse nicht verkümmern lassen sollten. Wir sollen doch dafür sorgen, daß die Großstadtlehrer auf die Schanzen kommen, dann steigen die anderen auch nach. Fallen wir unsern Vordermännern in den Rücken, so schaden wir nicht bloß diesen, sondern dem ganzen Stande. Die Bremse darf erst zur Anwendung kommen, wenn das Ziel Gleichstellung mit den Regierungssekretären erreicht sein wird. Fort mit der Bremse, damit das Ganze vorwärts kommt. (Beifall.)

Einen entgegengesetzten Standpunkt nimmt Lehrer Wieder-mann-Hoyerswerda ein. Er bestreitet, daß die Gewährung höherer Gehaltssätze an die Lehrer in großen Kommunen auf die Besoldung der Lehrer in kleineren Gemeinden fördernd einwirke (Widerspruch) und hält die Normalsätze des Entwurfs für einen Segen. Aus diesem Grunde spricht er sich auch gegen jede Ortszulage aus. Als Redner behauptet, die Großstadtlehrer wollen nicht, daß das Gesetz zustande kommt, erhebt sich kräftiger Widerspruch, und Schlußrufe werden laut.

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Debatte wird angenommen. Die Versammlung trat um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr in die Beratung der von den Vorständen vorgelegten Leitsätze ein.

Kollege Theißig begründet seinen Zusatzantrag zu Satz 1: „unter Wahrung der Bewegungsfreiheit, wie sie den Geistlichen und Oberlehrern zugesprochen ist“.

Gegen diesen Zusatzantrag wandte sich Kantor Simon-Ebersbach, der seiner Freude über die gesunde Grundlage des Gesetzesentwurfes Ausdruck gibt, durch welche die Gleichstellung aller Lehrer unter sich angebahnt werde und die einen Boden schaffe, auf dem wir alle zusammen arbeiten wollen.

Ratsch-Trübelwitz erklärt, daß die Landlehrer mit dem Entwurfe durchaus nicht so zufrieden seien, wie es vom Kollegen Simon dargestellt worden ist. Die Kreisversammlung Jauer habe ihn beauftragt, dieser Stimmung hier Ausdruck zu geben.

Arnold-Petranowitz: Gott sei Dank, daß wir eine Regierung haben, die es wagt, für uns Lehrer 30 Millionen einzustellen! Gott sei Dank, daß wir ein Abgeordnetenhaus haben, in dem Parteien sitzen, die bereit sind, über die vorgeschlagenen Sätze hinauszugehen. Freilich können die Sätze auch den Redner nicht befriedigen, weil sie seine Arbeit nicht höher bewerten als die eines Weichenstellers. Wenn wir jetzt vorwärts gekommen sind, so verdanken wir dies nicht den Großstadtlehrern, sondern den Gleichstellungsfreunden. (Lebhafter Widerspruch und Gelächter.)

Satz 1 wurde unter Ablehnung des Zusatzantrages Theißig fast einstimmig angenommen. Bei der Besprechung über Satz 2 beantragte Kollege Theißig Streichung aller folgenden Sätze, da sie im Widerspruche zu Satz 1 ständen.

Lehrer Hartmann-Gleiwitz begründet folgenden Antrag: „Die Ortszulagen sind durch Minimalsätze festzulegen, zu deren Zahlung die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind. Der ober-schlesische Industriebezirk ist wie auch alle Industriezentren infolge seiner gleichen wirtschaftlichen Lage und sonstigen Verhältnisse aller seiner Orte als ein Ganzes anzufassen und für ihn der Minimalsatz der Ortszulagen für Städte über 100 000 Einwohner zu fordern.“

Nach längerer Debatte wurden die vorgeschlagenen Sätze unter a—g mit dem Antrage Hartmann betr. die Industriebezirke angenommen. Bei Punkt g gelangten noch folgende Spezialanträge der Kirchschullehrer zur Annahme:

1. „Wenn es zurzeit nicht möglich sein sollte, das Kirchen-einkommen dem reinen Lehrergrundgehalt aufzusetzen, so erwarten wir zum mindesten, daß eine nochmalige Anrechnung kirchlicher Bezüge auf das Lehrergrundgehalt bei der Aufstellung der Einkommensteuernachweisung nicht mehr erfolgen darf.“
2. „Bei Neubesetzung einer organisch verbundenen Kirch- und Schulstelle muß der niedere Küsterdienst abgelöst werden.“
3. Zu § 15 des Gesetzes vom 3. März 1897 möge hinzugesetzt werden: „auch dann, wenn sie Eigentum der Kirchengemeinde sind.“
4. „Nicht nur die Kirchen- und Schulgemeinden, sondern auch die Stelleninhaber müssen das Beschwerderecht haben.“

Rektor Neumann brach eine Lanze für unsere Emeriten, indem er die Annahme folgender Resolution empfahl:

„Die Versammlung spricht den lebhaften Wunsch und die Hoffnung aus, daß Staatsregierung und Landtag sich jetzt bei der allgemeinen Aufbesserung der Beamten- und Lehrergehälter auch der im Ruhestande lebenden Lehrer annehmen und deren meist recht traurige Lage verbessern werden.“

Die Versammlung stimmte dem von Herzen zu.

Nun sprach Rektor Köhler das Schlußwort: Es war doch gut gewesen, daß wir einmal mit den kath. Kollegen zusammen-gesessen haben. Das war wichtiger und richtiger als eine große Delegiertenversammlung abzuhalten! In acht Tagen werden wir im neuen Vereinshaus des Berliner Lehrervereins tagen, eines Hauses voll Idealismus. Möge der Idealismus den Streit beenden, der die Lehrerschaft Preußens in der Besoldungsfrage auseinandergetrieben hat. Mit dem Wunsche, daß wir ein gutes Gesetz erhalten mögen, schloß er nach 1 Uhr nachts die Versammlung.

Lehrer Renner-Militsch dankte den beiden Vorsitzenden für die Vorbereitung und Leitung der Versammlung. Nach einem kräftigen Hoch ging die Versammlung auseinander.

### Bemerkungen zu dem Ministerial-Erlaß vom 31. Januar 1908 mit Berücksichtigung des Lehrplanes für die Breslauer Volksschulen.

(Schluß).

Von besonderer Wichtigkeit ist der dritte Absatz des vierten Paragraphen. Darin ist die Rede von Niederschriften, die tunlichst täglich angefertigt werden sollen. Sie sollen schon auf der Unterstufe beginnen, wo kleine Sätzchen frei aufgeschrieben werden. Diese Übung soll sich auf den folgenden Stufen erweitern in Niederschriften, die möglichst ohne Vorbereitung anzufertigen sind. Ihren Inhalt sollen sie nehmen aus den verschiedenen Unterrichtsfächern, namentlich den Realien, und auch aus den Erlebnissen und Wahrnehmungen der Kinder. Die Verbesserung soll in der Regel in der Klasse durch die Schüler erfolgen. — Man ersieht hieraus deutlich, worauf es dem Herrn Minister ankommt: Möglichst viel und möglichst selbständig schreiben, damit Gewandtheit im schriftlichen Ausdrucke entstehe. Hervorgehoben worden ist diese Maßregel jedenfalls durch die schlimmen Erfahrungen, die man gemacht hat bei Prüfungen in bezug auf die Selbständigkeit in den schriftlichen Leistungen unserer Volksschüler. Ich erinnere an die Klagen der Fortbildungsschullehrer und an die Klagen einzelner Handwerksmeister und Geschäftsleute. Von Bedeutung war es, daß diese Klagen laut wurden zu einer Zeit, wo die Kunstbewegung auftrat. Es lag nahe, daß diese Bewegung übertrat auf das verwandte Gebiet der sprachlichen Darstellung. Dazu kam, daß die vorhin erwähnten Klagen unterstützt wurden durch einen Bericht, den eine amerikanische Schulkommission über die Ergebnisse ihrer in Berlin, Paris und London veranstalteten Untersuchungen, betreffend die Selbständigkeit in den schriftlichen Leistungen, veröffentlicht hatte; dieser Bericht war sehr zu ungunsten der Berliner Volksschulen ausgefallen.

Es fragt sich: Kann es auf dem vorgeschriebenen Wege besser werden? Gewiß; denn wie überall, so muß es auch hier heißen: Übung macht den Meister. Wenn es auch wahr ist, daß das Denken nicht jedermanns Sache ist, und das Sprechen ebenfalls nicht; wenn es ferner wahr ist, daß die Sprache für das Kind ein fertiges Gut ist, das es sich in erster Linie durch Hören, durch In-sich-aufnehmen aneignen muß, so ist das andere doch auch wahr, daß das Hören für sich allein nicht genügt; das sprachliche Gestalten muß hinzukommen. Das muß oft geschehen, muß geübt werden; je öfter desto besser. Es geschieht in erster Linie mündlich; die Kinder sollen immer wieder angehalten werden, ihre Gedanken im Zusammenhange mündlich auszudrücken. So verlangt es der Erlaß, und so verlangt es auch unser Lehrplan. Aber die Übungen im schriftlichen Ausdrucke haben nebenbei den großen Vorzug, daß sie den Schreiber zu größerer Gedankenzucht nötigen. Er muß Gedanken sammeln, diese Gedanken ordnen, Zusammengehöriges zusammenstellen und jedesmal den passendsten Ausdruck für den Gedanken finden. Dazu kommt, daß die Niederschrift eine ausgiebige Selbstkontrolle ermöglicht. Dieser erhöhte Zwang zu geistiger Tätigkeit ist von außerordentlich erzieherischem Werte.

Fragen wir uns nun: Wie gestaltet sich die ministerielle Forderung in der Praxis? Es ist vorgeschlagen worden, die letzten zehn Minuten, oder die letzte Viertelstunde jeder Unterrichtsstunde in den Realien zum Schreiben zu benutzen. Auch ich habe das versucht; ich bin aber sehr bald davon abgekommen. Zehn Minuten sind eine zu kurze Zeit; die Kinder schreiben 2, 3 Sätze, und es wird nichts Ganzes und nichts Halbes. Empfehlenswerter ist das Verfahren: Man läßt in einem Fache nicht gerade jede Stunde schreiben; bietet sich aber nach vielleicht 2 oder 3 Stunden hierzu eine passende Gelegenheit, dann verwendet man einen größeren Teil der Stunde, vielleicht eine halbe Stunde zu einer schriftlichen Übung. Sehr gut eignen sich solche Übungen auch als häusliche Arbeiten. Auf jeden Fall aber wird man dafür zu sorgen haben, daß an jedem Unterrichtstage,

besonders auf der Oberstufe, eine freie schriftliche Arbeit gemacht werde.

Wir kommen zu der Frage: Wie gestaltet sich die Korrektur dieser Niederschriften? Da es bei diesen Arbeiten lediglich auf Gedanken- und Sprachbildung ankommt, so ist hier die sogenannte Klassenkorrektur die empfehlenswerteste. Der Lehrer läßt ein Kind seine Arbeit vorlesen; die anderen hören zu, beurteilen und verbessern. Beim Vorlesen werden Unebenheiten in der Gedanken- und Satzbildung am ehesten bemerkt, und von den Verbesserungen haben alle Kinder einen Nutzen, wohingegen bei Einzelverbesserungen durch den Lehrer nur das betreffende Kind einen Gewinn hat, dabei aber noch vorausgesetzt, daß das Kind das nötige Interesse entgegenbringt und nicht achtlos an einer solchen Verbesserung vorübergeht. In diesem Falle ist die Mühe und Arbeit des Lehrers völlig nutzlos. Aber noch eins: Bei der Klassenkorrektur hat es der Lehrer in der Hand, den Grund der Verbesserungen anzugeben. Und das ist bei jeder Verbesserung das Wichtigste; die Kinder müssen wissen, warum das eine falsch und das andere richtig ist. Es ist bei der Klassenkorrektur nicht ausgeschlossen, daß der Lehrer dieses oder jenes Heft selbst korrigiert. Das soll doch wohl nur gemeint sein, wenn es in dem Erlasse heißt: „Die Verbesserung erfolgt in der Regel in der Klasse durch die Schüler.“ Daß nebenbei auch orthographische und Interpunktionsfehler verbessert werden, ist selbstverständlich, nur daß es hierauf nicht in erster Linie ankommt. Überhaupt muß gesagt werden, daß bei diesen Niederschriften die Orthographie am schlechtesten wegkommt.

Es bleibt uns noch die Frage übrig, von welchem Zeitpunkte ab Niederschriften und demgemäß auch Aufsätze angefertigt werden sollen. Der Erlaß läßt darüber keinen Zweifel, daß wir mit diesen Niederschriften von unten auf, möglichst früh zu beginnen haben. Es heißt darin: „Diese (nämlich Übung) beginnt schon auf der Unterstufe mit dem Aufschreiben (nicht nur Abschreiben) kleiner Sätzchen und erweitert sich auf den folgenden Stufen immer mehr in kurzen Niederschriften.“ Wir werden also schon auf der Unterstufe möglichst oft kleine Aufgaben geben, die die Kinder im Tagehefte in einigen wenigen Sätzen selbständig lösen müssen; also Aufgaben wie: Schreibe auf, wie die Tiere sprechen; Was die Mutter in der Küche zu tun hat; Was ihr von der Wandtafel wißt; usw. Ich weiß wohl, mancher unter uns wird kopfschüttelnd an das neue Lehrverfahren herangehen; mancher unter uns sagt sich: Niederschriften und Aufsätze sind wohl eine schöne Sache, und die Selbständigkeit darin erst recht; aber mit diesen Arbeiten soll man erst beginnen, wenn die Kinder mit hinreichenden Kenntnissen in Orthographie und Interpunktion ausgerüstet sind. Man verweist dabei ganz besonders auf das Beispiel unserer höheren Schulen, wo man mit dem Aufsatzschreiben erst in der Quinta beginnt, und die Leistungen trotzdem im Durchschnitt bessere sind als die der gleichaltrigen Volksschüler. Zu denen, die dieser Meinung sind oder waren, gehöre auch ich; ich habe diese meine Meinung sogar öffentlich vertreten. Wie steht es nun um uns? Antwort: Wir müssen sozusagen umdenken; wir müssen uns in den Gedankengang des Erlasses hineinfinden. Der Erlaß hat nun einmal verbindliche Kraft für uns alle; durch ihn ist in ganz Preußen die Aufsatzfrage gelöst; es gibt für uns preußische Volksschullehrer keine Aufsatzfrage mehr. Wir müssen es jetzt auf dem Wege versuchen, den uns der Erlaß klar und deutlich vorgezeichnet. Entscheiden kann allein der Erfolg. Gelingt es uns, auf die neue Weise bessere Resultate zu erzielen, dann hat der Erlaß recht, und wir werden eingestehen müssen, daß wir mit unserer Anschauung von der Verfrühung des Aufsatzschreibens unrecht hatten. Ich für meinen Teil würde es für mich als keine Schande betrachten, in diesem Punkte geirrt zu haben. Gelingt das Experiment nicht, dann hat der Erlaß unrecht, und unsere Pflicht wäre es alsdann, unsere Stimme dagegen zu erheben; zu unserer obersten Unterrichtsverwaltung dürfen wir das Vertrauen haben, daß sie ihre Anschauung korrigieren würde. Hoffen wir aber, daß sich das vorgeschriebene Verfahren bewähre.

Wenn wir jetzt am Schlusse unserer Betrachtung den Erlaß rückblickend überschauen, so müssen wir bekennen, daß er, von hoher Warte aus das Geistesleben dieses Jahrhunderts, des „Jahrhunderts des Kindes“, überschauend, getragen ist von einem wahrhaft vorwärts strebenden befreienden Geiste. Großzügig angelegt, will er aus der Schule verbannt wissen den Geist, der das Kind gleichsam als ein Gefäß betrachtet, das man mit Leben und Inhalt füllen müsse. Umgekehrt soll der Weg sein; vom Kinde soll die Erziehung ausgehen. Das Kind, eine bereits von Gott gesetzte Persönlichkeit, begabt mit Kräften und Eigenart, soll sich selbst rühren und schaffen; die Aufgabe des Erziehers ist nur die, diesen angeborenen Schaffenstrieb zu lenken und ihm Nahrung zu geben. So entsteht Freude am Werk und Lust und Liebe zur Arbeit. Und der Lehrer? Er ist erst recht eine Persönlichkeit; er hat seine Eigenart. Im Erlaß ist er scheinbar vergessen. Aber wer diesen Erlaß geschrieben oder unterzeichnet hat, dem ist offenbar jeglicher Geist des Knechtens fern. Trauen dürfen wir den Worten, die der Herr Minister bei der Einweihung des Bosse-Denkmal in Schreiberhau gesagt hat: „Ich bin fest entschlossen, alles Bureaukratische aus der Schularbeit hinauszubringen und dem einzelnen diejenige Bewegungsfreiheit zu verschaffen, die zur Entfaltung seiner Persönlichkeit notwendig ist.“

Freilich ist eine gewisse Beschränkung der Persönlichkeit notwendig, nämlich soweit, als sie für die Erhaltung des Gesamtorganismus notwendig ist. Aber innerhalb dieser Grenze muß Freiheit sein. Die Grenze ist durch den Erlaß klar bestimmt; weitere Beschränkungen dürfen nicht eintreten, wenn nicht die Berufsfreudigkeit des Lehrers leiden soll. Denn nur wo sie ist, die Berufsfreudigkeit, wo der Lehrer seine Arbeit mit Freuden tut und nicht mit Seufzen, da steht es wohl um beide, um den Lehrer und um die Schule. Slotta.

### Vom Nebenerwerb.

Wenn auch die Novelle zum Lehrerbessoldungsgesetz die Frage des Nebenerwerbs nicht berührt, so ist doch anzunehmen, daß diese Frage bei Erörterung der Novelle von neuem aufgerollt werden wird. Es erscheint daher nicht unangebracht, einige Ausführungen hierüber zu machen. Zunächst ist zu bedenken, daß — nach Schätzung — rund 60% aller Lehrer keinen Nebenerwerb haben. Diejenigen Lehrer ferner, die dem Nebenerwerb nachgehen, treibt die wirtschaftliche Not dazu. Das weiß jeder, der die Verhältnisse einigermaßen kennt. Nicht zu bestreiten ist ferner, daß der Nebenerwerb für Lehrer und Schule von nachteiligem Einfluß ist. — Durch Nebenämter und Privatunterricht wird der Schule Zeit und Kraft geraubt. Der Nebenerwerb verringert die nötige Berufsfreudigkeit; Unmut und Unlust sind seine unausbleiblichen Begleiterscheinungen. Er hemmt in hohem Maße die eigene Fortbildung, deren Ergebnisse sonst doch der Schule und dem Volke zugute kommen. Ja, gerade die Tätigkeit der Lehrer im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt wird durch den Nebenerwerb stark beschnitten. Es wäre darum von größter Bedeutung, wenn die Neuregelung der Lehrergehälter ihn überflüssig machen würde.

Der oft erhobene Einwand, daß es nicht nötig sei, die Lehrer so hoch zu besolden, wie andere Beamte, weil sie viele Nebenverdienste hätten, ist überdies nicht stichhaltig. Sehr viele Staatsbeamte haben nämlich Nebenverdienste. Aus dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1907 geht zum Beispiel hervor, daß von den mittleren Beamten in diesem Jahre bezogen:

|     |  |           |   |
|-----|--|-----------|---|
| 51% | der Forstkassenrendanten ein Nebeneinkommen von      | 2— 1480   | „ |
| 16% | „ Steuersekretäre . . . . .                          | 40— 1615  | „ |
| 31% | „ Katasterkontrolleure. „                            | 10— 2000  | „ |
| 55% | „ Rentmeister . . . . .                              | 2— 10238  | „ |
| 84% | „ Bureaubeamten des<br>Staatsministeriums . . . . .  | 300— 1200 | „ |
| 75% | „ Kreissekretäre . . . . .                           | 18— 2000  | „ |
| 8%  | „ Regierungsekretäre . . . . .                       | 30— 1050  | „ |
| 40% | „ Sekretäre bei den<br>Konsistorien . . . . .        | 30— 3000  | „ |
| 50% | „ Sekretäre b. d. Prov.-<br>Schulkollegien . . . . . | 45— 1400  | „ |

Als weiteres Beweismaterial sei noch aufgeführt, daß nach dem Staatshaushalts-Etat im Jahre 1907 bezogen:

|       |   |           |   |
|-------|---|-----------|---|
| 155*) | Beamte der Verwaltung der indirekten Steuern ein Nebeneinkommen von . . . . .       | 4—1800    | „ |
| 211   | Bureau- und Werksbeamte der Bergwerke ein Nebeneinkommen von . . . . .              | 3—1100    | „ |
| 422   | Bureau- und Betriebsbeamte der Eisenbahnverwaltung ein Nebeneinkommen von . . . . . | 3,80—1500 | „ |
| 159   | Bureaubeamte des Finanzministeriums ein Nebeneinkommen von . . . . .                | 30—1050   | „ |

„Schlesw.-Holst. Schulztg.“

### Wochenschau.

Als am Sonnabend mitten in die Vertreterversammlung hinein die überraschende Nachricht verkündet wurde, Bülow habe seine Demission eingereicht, da bemächtigte sich gewiß aller der Gedanke, ob nicht dieses Ereignis einen unseligen Rückschlag auf unsere Besoldungsangelegenheit ausüben werde. Wir Lehrer sind nun einmal Unglücksmenschen, an denen schon des öfteren das Wort in Erfüllung gegangen ist: „Zwischen Lipp' und Kelchesrand schwebt der dunklen Mächte Hand.“ Mit besorgten Blicken verfolgen wir den unheimlichen Gang der kommenden Tage. Wenn wir nächsten Sonnabend nach Berlin kommen, um Beschlüsse zu schmieden, dann stehen wir vielleicht schon unter einer ganz neuen Konstellation. Nach einer ziemlich verbürgt klingenden Mitteilung der „Nat.-Ztg.“ soll auch Dr. Holle nach seinem Meraner Urlaub nicht mehr ins Amt zurückkehren. Der an seiner Stelle unterdessen am Steuer stand, Ministerialdirektor D. Schwartzkopff, ist mit einer hohen Auszeichnung bedacht worden; er hat den Stern zum roten

\*) Der Prozentsatz der einzelnen Beamtengruppen ist nicht festzustellen.

Adlerorden 2. Klasse erhalten. Die Fama will aber bereits wissen, daß er zum Nachfolger Holles nicht ausersehen sei. Jedenfalls hat er mit seiner die ganze Situation beherrschenden Ruhe und Sachlichkeit auf den Kronprinzen, der vier Stunden den Verhandlungen über unser Besoldungsgesetz mit großer Aufmerksamkeit beiwohnte, einen starken Eindruck gemacht. Von fern schon hat man das Gefühl, daß er zu guterletzt das noch sehr unruhig fahrende Schifflein doch nach seinem Willen lenken wird. Prophetisch verkündet denn auch schon der Berichterstatter der „Preuß. Lztg.“, der gewöhnlich einen guten Fühler hat: „Ich habe den Eindruck, daß der Entwurf, abgesehen von geringfügigen Änderungen, Gesetz wird.“ Das schrieb er, ehe die neuen, hochpolitischen Wandlungen in Sicht waren. Nun muß uns am meisten bedrücken, wie sich unter der schwülen Depression die schwerlastende Finanzfrage gestalten wird. Werden die Parlamente nicht zurückschrecken, die Hand an diese Riesenarbeit zu legen, ehe die politische Lage sich einigermaßen geklärt hat. Mit großem Nachdruck erklärte der preußische Finanzminister bereits bei den Verhandlungen über die Deckungsfrage, wenn die verlangten Summen nicht gleich auf die Dauer bewilligt würden, so könnte aus dem ganzen Mantelgesetz für Beamte, Lehrer und Geistliche nichts werden. Wo man hinsieht, gefährliche Haken und Hindernisse. In Berlin sitzt nun jetzt die 21gliedrige Kommission und berät über erhöhtes Grundgehalt, ungleiche Alterszulagen und Bremse, je nach dem nahezu festgelegten Parteistandpunkt, über den unser heutiger Bericht, „Zur ersten Lesung“ Kenntnis gibt. Entscheidend wird nun sein, wie das große Zentrum sich zur Sache stellt. Sicher ist wohl zu erwarten, daß dem V. Preuß. Lehrertage und dem katholischen Verbandstage in Berlin eine ganze Anzahl der Kommissionsmitglieder mit Aufmerksamkeit beiwohnen wird. Sagen werden die Herren aber kaum sehr viel.

Die Gleichstellungsfreunde haben bereits am richtigen Herde das heiße Eisen zu schmieden versucht. Darüber berichtigt die „Neue Pädag. Ztg.“ mit fetten Lettern:

„Am 24. Oktober fand in Gegenwart einer Anzahl von Abgeordneten verschiedener Parteien und der Führer der Kleinstadt- und Landlehrer eine Besprechung über die Gesetzesvorlage betr. Besoldung der Volksschullehrer im Abgeordnetenhaus statt. Die Führer der Kleinstadt- und Landlehrer entwickelten in der 2 1/2 Stunden dauernden Unterredung ihre Stellung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf. Sie wiesen darauf hin, wie ein Gesetz in Form der Vorlage, trotz der anerkanntenswerten Verbesserung, die sie in Aussicht stellt, den Interessen sowohl der Land- und Kleinstadtlehrer als auch deren Schulen nicht entspricht. Die Land- und Ostflucht der Lehrer würde in keiner Weise beseitigt; die Landschulen müßten nach wie vor den jungen Lehrern anvertraut werden. Nur eine vollständige Gleichstellung aller Lehrer und die vollständige Beseitigung großstädtischer Vorrechte könnten genügenden Wandel schaffen. Die Besoldung der Lehrer müßte in gerechterer Weise im Sinne des Besoldungskassengedankens aufgebracht werden. Die Darlegungen machten einen nachhaltigen Eindruck auf die Herren Abgeordneten, so daß die Vertreter der Kleinstadt- und Landlehrer mit den besten Eindrücken die Versammlung verließen.“

Der Schlachtplan dieser Leute lautete also kurzweg: Den Städten müssen die Ortszulagen entzogen werden! Um diese Frage wird der heiße Kampf auf der ganzen Linie entbrennen. Wir glauben nicht, daß sich die Regierung von ihrem Standpunkt abbringen lassen wird. Einer der lautesten Rufer aus jenem Lager berauscht sich schon förmlich in dem Gedanken der Lostrennung. In der „Kreuzztg.“ und in der „Wacht“ stößt er in wahrhaft empörender Weise ins Horn. Wir zitieren aus der „Wacht“ nur folgende Worte:

„Die nächste Zukunft muß ein geschlossenes Austreten der Land- und Kleinstadtlehrer aus dem von engherzigen und selbstsüchtigen Großstadtlehrern geleiteten „Preussischen Lehrerverein“ bringen! „Es lebe die Trennung, aber auch die in nahe Aussicht gestellte gehaltliche Gleichstellung aller Volks-

schullehrer Preußens, die in nicht allzuferner Zeit die gehaltliche Gleichstellung aller Lehrer Deutschlands anbahnen wird!“

Eine edle Sorte von Kollegialität atmen folgende Worte desselben Artikelschreibers: „Eine reine Freude, die man leider mit dem unschönen Namen „Schadenfreude“ zu belegen pflegt, hat uns der Entwurf doch gebracht: Alle Kollegen in Orten bis zu 25000 Einwohnern werden in einen Topf geworfen und mit 1350 + 200 M abgespeist.“ — Da hatten wir am vorigen Sonnabend eine echte Freude, nämlich die über das geschlossene Zusammenhalten unserer schlesischen Kollegen. Nur wenige Ausnahmen waren zu konstatieren, und auch diese meist keineswegs ausfällig.

Im Lager der Gleichstellungsfreunde soll jetzt ein neues Banner erstehen, eine große, täglich erscheinende Zeitung mit mehreren Beilagen, ähnlich wie die „Preuß. Lehrertztg.“. 30000 M sind zur Finanzierung des Unternehmens aufzubringen. Es werden Anteilscheine à 20 M ausgegeben. Wer will, kann mehr als einen nehmen. Wenn das Blatt vom 1 Januar 1909 ab nicht erscheint, so sind die Unterzeichner von jeder Verpflichtung entbunden. In der Anpreisung werden die sattsam bekannten Ausfälle gegen die großstädtischen Lehrer wiederholt, so z. B., daß diese gerade jetzt versagen, wo eine Entscheidung über die künftige Stellung der Land- und Kleinstadtlehrer bevorsteht. — Es wird von einer unüberbrückbaren Verschiedenheit der beiderseitigen Interessen gesprochen und von einer seltenen Verständnislosigkeit der Großstädter den realen Tatsachen gegenüber etc. etc. — Was ein derartiges Blatt noch weiter für einen Zweck erfüllen soll, wenn das Gesetz, gut oder übel, verabschiedet ist, will uns nicht einleuchten. Es müßte denn weiter nichts sein als eine Brandfackel!

## Mittellungen.

—ch. Berlin. [Lehrerverein.] Stellung zum Besoldungsgesetz nahm der Berliner Lehrerverein in seiner sehr stark besuchten Sitzung, welcher auch der Präsident des Provinzial-Schulkollegiums, mehrere Abgeordnete sowie viele Kollegen aus den Vororten beiwohnten. Herr Kollege Menzel II gab das Referat über „Unsere Stellung zum Lehrerbesoldungsgesetz“. In eingehender Weise beleuchtete er die Vorlage und zeigte deren Härten und Ungerechtigkeiten gegenüber dem ganzen Lehrerstande, besonders wandte er sich gegen die Bestimmung, welche den Gemeinden verbietet, über die gesetzlichen Besoldungsgrenzen hinauszugehen, sowie gegen die Bestimmung, welche für einen Teil der Lehrerschaft eine Herabsetzung des pensionsfähigen Dienstinkommens und damit auch eine Verminderung der Witwen- und Waisengelder herbeiführt. Er forderte 1. eine wesentliche Erhöhung der Gehälter, da durch die in Aussicht genommenen Sätze den Volksschullehrern innerhalb der preußischen Beamtenschaft eine Stelle angewiesen wird, die weder ihrer Vorbildung noch der Schwierigkeit ihres Amtes entspricht; 2. die Aufnahme einer Bestimmung, die allen Schulverbänden ohne Rücksicht auf ihre Größe das Recht gibt, höhere Gehälter zu zahlen. Die Debatte gestaltete sich recht lebhaft. Sie blieb großzügig und verlor sich nicht in Kleinigkeiten. Von den einzelnen Rednern gingen die Kollegen Drange, besonders aber Herr Pauksch mit den Gleichstellungsfreunden arg ins Gericht. Es wurde ihnen der Vorwurf gemacht, daß sie, von den Konservativen beeinflusst, Forderungen aufgestellt hätten, wie sie jetzt das Gesetz will, und nun werde von der Regierung und den ihr ergebenen Parteien behauptet, das seien die Forderungen der Lehrerschaft. In Wirklichkeit sei es nur eine kleine Gruppe unter den Lehrern, die eine konservative Gefolgschaft bilde und an den schädlichen Bestimmungen des Gesetzes die Schuld trage. Zum Schlusse wurden einstimmig die vom Vorsitzenden aufgestellten Sätze mit geringer Abänderung angenommen.

1. Der Berliner Lehrerverein hält grundsätzlich an der Forderung eines Dienstinkommens fest, das „nach Art und Höhe des Anwachsendem der nichttechnischen Sekretäre in den staatlichen Betrieben und Verwaltungen gleich ist“; der Verein kann darum in dem Gesetzentwurf eine befriedigende Regelung der Lehrerbeseoldung nicht erblicken. Wenn er auch in einigen Bestimmungen einen Fortschritt für einen Teil der Lehrerschaft erkennt, so bedauert er um so mehr, daß für einen andern Teil durch die in Aussicht genommenen Gehaltssätze der Abstand von den Gehältern der Verwaltungssekretäre noch vergrößert werden soll.

2. Solange die Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung nicht erreicht ist, wendet sich der Verein mit aller Entschiedenheit

1. gegen die Bestimmung des Gesetzentwurfes, die leistungsfähigen und leistungswilligen Schulverbänden jede Überschreitung der vorgesehenen Gehaltssätze verbietet, da er darin ein Hindernis sieht für den weiteren Ausbau des Volksschulwesens durch die freie Entschließung der Gemeinden und für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Lehrerstandes;

2. gegen die Bestimmungen, durch die ein Teil der Lehrer eine Herabsetzung des pensionsfähigen Dienstinkommens erleidet, und die eine Schmälerung der Witwen- und Waisengelder zur Folge haben.

3. Der Verein fordert

1. eine wesentliche Erhöhung der vorgeschlagenen Gehälter, da durch die in Aussicht genommenen Sätze den Volksschullehrern innerhalb der preußischen Beamtenschaft eine Stelle angewiesen wird, die weder ihrer Vorbildung noch der Schwierigkeit und Wichtigkeit des Lehramtes entspricht;

2. die Aufnahme einer Bestimmung, die allen Schulverbänden ohne Rücksicht auf ihre Größe das Recht gibt, die Lehrergehälter bis zur Höhe der Gehälter der Verwaltungssekretäre zu erhöhen.

4. Der Berliner Lehrerverein ist überzeugt, daß durch dies Gesetz die Leistungsfähigkeit der Volksschule nicht erhöht und der Lehrermangel nicht beseitigt, sondern höchstens vom Osten des Staates nach dem Westen verschoben wird.

— [Aus der Rede des Abg. v. Dittfurth, kons. Stenogramm.] Ich halte es für sehr nützlich und wünschenswert, daß akademisch gebildeten Lehrern der Eintritt in den Volksschuldienst erleichtert wird. Denn eine solche Tätigkeit in der Volksschule ist als Vorbereitung für künftige Seminardirektoren, Seminaroberlehrer und Kreisschulinspektoren von hohem Werte. Deshalb sollte man nach meiner Auffassung den Eintritt akademisch gebildeter Lehrer in die Volksschulen nach Möglichkeit erleichtern.

— [Die 7. Kommission für das Unterrichtswesen] zählt folgende Mitglieder: Konservative: v. Dittfurth, Landrat, Rittergutsbesitzer, Stiftpfandherr. Heckenroth, Pfarrer. v. Kölichen, Rittergutsbesitzer, Landschaftsdirektor (Vorsitzender). Dr. Krüger-Marienburg, Professor, Oberlehrer. v. Neumann-Großenborau, Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D. Siebert, Mädchenschuldirektor (Schriftführer). Strosser-Breslau, Major a. D. Freikonservative: Dr. Arendt-Mansfeld, Rentner, Schriftsteller (Stellvertreter des Vorsitzenden). Dr. Iderhoff, Konsistorialpräsident. Ziethen, Erster Bürgermeister (Schriftführer). Nationalliberale: D. Hackenberg, Pfarrer, Kreisschulinspektor, Präses der Rheinischen Provinzialsynode. Dr. Hintzmann, Oberrealschuldirektor. v. Schenckendorff, Telegraphendirektionsrat a. D. Freisinnige Volkspartei: Cassel, Geh. Justizrat, Rechtsanwalt und Notar. Freisinnige Vereinigung: Ernst, Mädchenschuldirektor. Zentrum: Dr. Glattfelder, Pfarrer. Dr. Heß, Kreisschulinspektor (Schriftführer). Kesternich, Hauptlehrer. Stull, Pfarrer. Ziesché, Rektor. Sozialdemokraten: Borgmann, Kaufmann, Stadtverordneter.

— [Nun auch die Aussteuerkasse deutscher Lehrer. Die Vorstände des Deutschen und des Berliner Lehrervereins hatten in einer auch in dieser Zeitung veröffentlichten Erklärung am 20. Mai cr. zu verstehen gegeben, daß sie mit fünf Berliner geschäftlichen Unternehmungen eines Lehrerkonsortiums nichts zu tun hätten. Nachdem vier dieser Geschäfte bezw. Kassen bereits liquidiert oder den Konkurs angemeldet haben, folgt nunmehr auch die letzte, nämlich die Aussteuerkasse deutscher Lehrer, Berlin C 25, Alexanderstr. 39/40. Im Anschluß an unsern Bericht über die General-Versammlung der C.M.D.K. war uns vom Vorsitzenden der Aussteuerkasse eine Berichtigung zugegangen; jetzt, nach wenigen Wochen, enthält der „Deutsche Reichsanzeiger“, Nummer 251 vom 23. Oktober, folgende Einladung: „Aussteuerkasse deutscher Lehrer. Außerordentliche General-Versammlung am Sonnabend den 21. November 1908 nachm. 3 1/2 Uhr im Restaurant Neumann & Söhne, Rosenthalerstr. 36. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über den Stand der Kasse. 2. Beschlußfassung über Auflösung oder Konkurs oder andre zur Sanierung der Kasse notwendigen Schritte. Berlin, den 23. Oktober 1908. Der Vorsitzende. A. Lampe.“ — Da die Aussteuerkasse eine Sparkasse ist, die wohl nur infolge der außerordentlichen Benruhigung der gesamten Lehrerschaft durch ungewöhnlich starke Kündigungen in Verlegenheit geraten ist, so kann man den Teilnehmern an der Generalversammlung nur eine langsame Auflösung anempfehlen, die der geeignetste Weg zur Sanierung sein dürfte, wobei auch allmählich alle Interessenten zu ihrem Rechte kommen. „Pr. Lztg.“

(Dieser Schlag ist besonders schmerzlich! Immer wieder müssen wir darauf hinweisen, daß die „Sterbekasse deutscher Lehrer“ in keinerlei Beziehung mit allen diesen Kassen gestanden hat. Kerngesund in ihrem Fundament und in ihrer ganzen Verwaltung, erfreut sie sich des allgemeinen Vertrauens. D. Red.)

**Breslau.** [Lehrerverein.] (10. Hauptversammlung Montag den 26. Oktober abends 8½ Uhr bei Paschke).

Im Laufe des Monats Oktober hatte der Tod zweimal mit rauher Hand in die Reihen der Vereinsmitglieder gegriffen. Am 4. Oktober war Rektor Kröll aus dem Leben geschieden, am 23. Oktober Kollege Hensel. Der 1. Vorsitzende des Vereins, Kollege Moese, gedachte bei Beginn der Sitzung mit herzlichen Worten der beiden Verstorbenen und bedauerte schmerzlich den Verlust, den der Verein durch ihren Tod erlitten hat. Die Versammlung ehrte das Andenken der Dahingeschiedenen durch Erheben von den Plätzen.

1. **Mitgliederaufnahme:** Der Verein erfuhr einen erfreulichen Zuwachs von Mitgliedern. Es wurden aufgenommen Fortbildungsschuldirektor Lengefeld, Hauptlehrer Friebe (Sch. 83) und die Kollegen Rogner (Sch. 68), Ewald (Sch. 5), Lehmann (Sch. 5), Baesler (Sch. 9), Ohler (Sch. 34), Fiebig (Sch. 85), Tatschke (Sch. 35), Sattler (Sch. 32), Renner (Sch. 75) und Gamke (Sch. 40). — Im Anschluß daran wurde der Versammlung mitgeteilt, daß die Herren Rektor Nierlich (Sch. 33), Rektor a. D. Seifert und Rektor Fr. Scholz (Sch. 25) ihren Austritt aus dem Verein angezeigt haben.

2. Zur Neuwahl von Vertretern ins Kreisbureau wurden vorgeschlagen die bisherigen Mitglieder desselben, Julius Werner, Schuhmann und Pfeiffer. An Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Kollegen Maiwald soll Kollege Theißig treten.

3. Es erfolgte ferner die Wahl des Kollegen Märtins als Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Schlesischen Lehrervereins an Stelle des ausscheidenden Rektor Tilgner. Er vertritt bis Pfingsten 1909.

4. Kollege Theißig hielt seinen angekündigten Vortrag „Stellungnahme zur Lehrerbildungsvorlage“. An die Ausführungen des Referenten schloß sich eine längere Aussprache.

5. Bei dem Punkte Mitteilungen wurde ein „Alle Mann an Deck“ überschriebener Artikel aus No. 42 der „Schulpflege“ verlesen, der in gehässiger, entstellender Weise noch einmal auf die bekannte Versammlung des Breslauer Lehrervereins vom 22. August zurückkommt. Die Versammlung begnügte sich damit, von dem mit M. unterzeichneten Ausführungen in dem Rektorenblatte Kenntnis zu nehmen.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende kurz vor 1 Uhr die von 170 Mitgliedern besuchte Versammlung.

— [Kreisverband Breslau.] Mittwoch den 28. Oktober nachm. 3½ Uhr fand im großen Saale des Kaufmannsheims die diesjährige Kreisversammlung statt, zu der die Vereine Breslau, Breslau-Land, Domsiau-Koberwitz und Rothsürben, sowie der Vorstand des Vereins kath. Lehrer Breslau, eingeladen worden waren. Etwa 130 Kollegen aus Stadt und Land waren zu der Versammlung erschienen. Der Vorsitzende des Breslauer Lehrervereins, Kollege Moese, eröffnete die Versammlung und leitete auch die Verhandlungen.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Kollege Jul. Werner, gab zunächst ein Bild von der überaus regen Tätigkeit des Bezirksbureaus Breslau, das mit verhältnismäßig geringen Kosten eine äußerst umfangreiche Arbeit geleistet hat. Er berichtete außerdem von der Tätigkeit des Kreisbureaus Breslau, die sich als getreues Spiegelbild der vom Bezirksbureau gegebenen Anweisungen darstellt und als vorbildlich für andere Kreisbureaus gelten kann.

Als dann erstattete Kollege Sigmund-Rothsürben den Kassenbericht. Auf Antrag der Kassenprüfer wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Die bisherigen Mitglieder des Kreisbureaus, denen der Leiter der Versammlung für ihre Tätigkeit den Dank des Verbandes aussprach, wurden wiedergewählt mit Ausnahme der beiden aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Kollegen Sattler-Gräbschen und Maiwald-Breslau. An ihre Stelle traten die Kollegen Gramatte-Schwoitsch und Theißig-Breslau.

Hierauf hörte die Versammlung den Vortrag des Kollegen Julius Werner: „Stellungnahme der Lehrer des Stadt- und Landkreises zu der Besoldungsvorlage“, an den sich eine längere Aussprache schloß.

— [Breslauer Lehrerverein für Naturkunde.] In der ersten Sitzung des Winterhalbjahres wurden mehrere neue Mitglieder in den Verein aufgenommen. Kollege Dittrich hielt einen Vortrag über „Botanische Exkursionen im Riesengebirge“. Der Vortragende hat die diesjährigen Sommerferien im Paßkretscham (Schmiedeberg) verlebt und die für Botaniker ergiebigsten Gegenden wiederholt aufgesucht. Ein reiches, schön gepreßtes Pflanzenmaterial machte daher den Vortrag hochinteressant. In der sich anschließenden Debatte wurde der Wunsch laut, daß die Mitglieder des öfteren Ergebnisse ihrer botanischen und andern Streifzüge zu Vortragsthemen wählen möchten. Sehr erwünscht wäre auch eine größere Berücksichtigung der Kryptogamen. Herr Merkel ergänzte den Vortrag durch Vorzeigen von einigen seltenen Exemplaren der Sudetenflora.

— Im Einverständnis mit dem Geschäftsführenden Ausschuss des Schles. Lehrervereins hat sich am Sonnabend anlässlich der Vertreterversammlung eine provisorische Kantoren- (Kirchschullehrer-) Kommission gebildet, bestehend aus den Kollegen Hübner-Hundsfeld (Vorsitzender), Simon-Ebersbach, Ilmer-Wiesa, Müller-Deutsch-Lissa und Nimietz-Rosdzin. Diese Kommission wird sich bemühen, die Neuregulierung der Einkommen vereinigter Stellen möglichst günstig zu gestalten, auch sonst das Interesse der Kirchschullehrer im Auge

zu halten. Diesbezügliche Wünsche oder Anfragen sind an den Vorsitzenden der Kommission zu richten.

— [Konzert.] Vor kurzem gaben das Breslauer Vokalquartett (Fräulein Surek und Borek, Herren Janssen und Volke) und das Breslauer Soloquartett (Herren Janssen, Aumann, Menzel und Volke) ein Konzert im Börsensaale. Dem Konzert lag die lebenswürdige Idee zugrunde, einmal alle Breslauer Tonsetzer einem größeren Publikum als Vokalkomponisten vorzuführen. Es wurden also geboten ein- und vierstimmige Lieder und Gesänge von Ansoerge, Aumann, Bilke, Bohn, Dercks, Flügel, Filke, Gulbins, Krain, Krause, Ludwig, Mittmann, Riemenschneider und Thomale. Es ist natürlich nicht möglich, alle diese Komponisten der Reihe nach zu charakterisieren. Ein einzelnes Lied bietet schließlich auch nicht genügend Anhaltspunkte zu einer erschöpfenden Charakteristik. Es möge deshalb nur festgestellt sein, daß beide Quartettvereinigungen vollwertige künstlerische Leistungen boten und daß das Konzert derselben befriedigenden Verlauf nahm wie das im vorigen Jahre. Mit feinsten Nuancierung und vollkommen einheitlicher Schattierung sangen das gemischte Quartett wie das Männerquartett. Auch die Sololieder, an deren Reproduktion sich die oben angeführten Herrschaften sämtlich beteiligten, fanden eine Erledigung, mit der die zum größten Teile anwesenden Komponisten einverstanden gewesen sein werden. Am Steinweg Nachf.-Flügel begleitete Herr Max Auerbach mit vollendeter Meisterschaft. Sch.

**Gleiwitz.** Eine zahlreich besuchte Gauversammlung des ober-schlesischen Industriebezirks verhandelte am 28. Oktober in Zabrze über den Entwurf zum Besoldungsgesetz. Sie konnte sich mit den Darlegungen des Kollegen Urbanek in No. 44 der „Schles. Schulztg.“ nicht einverstanden erklären. (Wie wir hören, war die Versammlung in der Zahlenfrage anderer Meinung. Durchweg wurden höhere Sätze gewünscht. Wir glauben, daß sich Kollege Urbanek nach den Ergebnissen der Debatte sicherlich dieser Forderung angeschlossen hätte. D. Red.)

**Lüben.** Zu einer freiwilligen Kreisversammlung gestaltete sich die Feier des 25-jährigen Amtjubiläums des Kollegen Schwerdtner in Sabnitz am 24. Oktober. Da der Jubilar ein treues, opferwilliges Mitglied der Lehrervereine Kotzenau und Lüben ist, so begaben sich an diesem Tage die Kollegen mit und ohne Damen im Omnibus, in der Droschke oder auf dem Fahrrad nach dem Festorte. Der Vorsitzende des Vereins Kotzenau, Kollege Rappich, begrüßte und beglückwünschte den Jubilar, zeigte in begeisternden Worten die hehre Aufgabe des Lehrers und daß nur Treue und Einigkeit zu diesem Ziele führen. Kollege Zingel vom Verein Lüben feierte die Familie des Jubilars unter Übereicherung einer Ehrengabe. Das Mahl wurde durch ernste und heitere Lieder gewürzt, und die Kotzenauer Hüttenkapelle brachte ihrem langjährigen Dirigenten ein wohlgeklungenes Ständchen als Tafelmusik. Dann flog das junge Volk zum Tanz, und die Alten erfreuten sich an den modernen Sprüngen oder führten ernste Gespräche über Arbeit und Lohn und die inneren Feinde des Lehrerstandes. Mit Befriedigung muß gesagt werden, daß im Kreise Lüben die Zwietracht keine Stätte gefunden hat, daß dort das Erbteil des alten Wander noch etwas gilt und der Spruch: „Lebe im Ganzen!“

## Amtliches.

[Widerruflich ernannt] d. ev. L. Alfred Dittrich zum L. in Ndr.-Waltersdorf, Kr. Waldenburg.

[Endgültig ernannt] d. kath. L. Alfons Braunert zum 2. L. in Peicherwitz, Kr. Neumarkt, d. kath. L. Paul Wünsche zum L. in Heinzendorf, Kr. Habelschwerdt, d. kath. L. Hugo Schindler zum L. in Distelwitz, Kr. Gr.-Wartenberg, d. kath. L. Albert Burghardt zum 2. L. in Oswitz, Kr. Breslau, d. kath. L. Ernst Kremser zum L. in Frobeltwitz, Kr. Neumarkt.

[Verliehen] der Adler der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern d. Hauptl. Ignatz Teicher in Leuber, d. Hauptl. Franz Ernst in Simsdorf, Kr. Neustadt, d. Hauptl. Planetorz in Bojanow und Waniek in Gr.-Peterwitz, Kr. Ratibor.

## Vereins-Nachrichten.

### Schlesischer Lehrerverein.

#### Vororte von Breslau.

Sämtliche Kollegen der Vororte von Breslau werden hierdurch zu einer Besprechung über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns auf Grund der Bestimmung im Besoldungsentwurf zu Sonnabend den 7. November nachm. 4 Uhr im Restaurant Clausewitz Feldstr. Ecke Klosterstr. eingeladen. Jeder Kollege, der sich zur genannten Gruppe rechnet, ist willkommen.

**Gesang-Verein Breslauer Lehrer.** Sonnabend den 7. November abends 8 Uhr Probe in der Augustaschule. Mittwoch den 11. November nachm. 3 Uhr Mitwirkung beim Schülerkonzert im

Konzerthause. Vollzähliges Erscheinen bei Probe und Aufführung wird erwartet.

**Breslau.** [Literarische Abteilung.] Freitag den 6. November abends 8 Uhr Vortrag: „Bleibende Werte in Leo Tolstois Lebenswerk“ (Koll. Wilhelm Loose). Alle Mitglieder des Breslauer Lehrervereins sind herzlich eingeladen. Gäste, auch Damen willkommen.

**Breslauer Turnlehrer-Verein.** Sitzung Montag den 9. November pünktlich 9 Uhr im Schultheiss, Neue Gasse 23, I. 1. Sitzungsbericht. 2. Vortrag: „Der Fortbildungsschulkursus für Turnlehrer an der Landesturnanstalt in Berlin“ (Oberl. Sternitzky). 2. Einiges über Turn- und Spielleben in Frankreich [Auf Grund eigener Beobachtungen] (Turnl. Hübner). 4. Mitteilungen.

**Bolkenhain-Oberkreis.** Sitzung Sonnabend den 7. November im Vereinslokal. 1. Bericht über die Gauversammlung in Arnsdorf. 2. Bericht über die Versammlung der Kreisvertreter in Breslau. 3. Vortrag: „Ludwig Gurlitts Freiheitsbestrebungen auf dem Gebiete der Erziehung“ (Koll. Glatzer-Streckenbach).

**Dyhernfurth-Bresla.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 5 Uhr bei Strecker in Dyhernfurth. 1. Gesang (Liederbücher mitbringen!). 2. Vortrag: „In welcher Weise kann der Lehrer an der Fürsorge-Erziehung Minderjähriger förderlich mitwirken?“ (Koll. Süßenbach-Brandschütz). 3. Mitteilungen und Anträge. 4. Festsetzung der Tagesordnung für die Generalversammlung.

**Erdmannsdorf.** Sitzung Sonnabend den 7. November in Lomnitz bei Hornig. 1. Bericht über die Breslauer Versammlung. 2. Rembrandt.

**Friedland, Bez. Breslau.** Sitzung Sonnabend den 7. November abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr im „Schlesischen Hof“. Vortrag: „Heine als Lyriker“ (Koll. Neumann-Rosenau).

**Gröditzberg.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 4 Uhr bei Hochmuth in Pilgramsdorf. Tagesordnung der letzten Sitzung.

**Großburg.** Sitzung mit Damen Sonnabend den 7. November nachm. 3 Uhr bei Beyer in Wäldchen. 1. Mitteilungen. 2. Vortrag. 3. Wahl.

**Hermisdorf, Kr. Glogau.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm.  $\frac{1}{4}$  Uhr im Vereinslokal in Hermisdorf.

**Hohenbocka-Ruhland.** Sitzung Sonnabend den 7. November in Ruhland. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag: „Österreichische Schulverhältnisse“ (Koll. Wasner).

**Juliusburg, Kr. Öls.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. 1. Vortrag (Koll. Oßig-Kapitz). 2. Geschäftliches. 3. Besprechung über ein Vereinsvergnügen. 4. Mitteilungen.

**Katzbach-Neiße-Tal.** Sitzung Sonnabend den 7. November in Crayn. Vorträge: „Reise durch Thüringen“ (Herold-Seichau). — „Unsere Lieblinge in Haus und Schule nach Kankleit“ (Köhler-Gr.-Jänowitz). — Berichte über Kreisversammlungen.

[Fortsetzung in der zweiten Beilage.]

Montag, den 26. Oktober, nachmittags 2 Uhr, entschlief sanft nach jahrelangem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Lehrer **Gustav Braun.**

Dies zeigen schmerzerfüllt an **Burau,** 1. November 1908

Die tiefbetrübte Witwe **Klara Braun geb. Grasse** nebst **Kindern.**

Dies den lieben Kursusbrüdern **Sagan 1880—83** zur Nachricht.

Verspätet.

Ende Oktober entriß uns der Tod völlig unerwartet unsern teuren Freund und lieben Kursusbruder

**Gustav Braun,**

Lehrer in **Burau** bei Halbau, wenige Monate nach seinem 25 jährigen Dienstjubiläum.

Als eine treue Seele, als ein gerader Mann, als ein wackerer Kämpfer für unsern Stand wird er in unsern Herzen allezeit weiter leben.

**Breslau,** den 1. November 1908.  
**Der Seminarkursus Sagan 1880/83.**  
**I. A. Otto Giegling.**

Am 21. Oktober verstarb unerwartet infolge Schlaganfalls unser Mitglied, der Königl. Musikdirektor, frühere Seminarlehrer (zuletzt in Marienburg, Westpreußen)

**Herr Theodor Schmidt,**

Reichenbach 1864—67.

Der Verstorbene gehörte unserm Verein seit seiner vor zehn Jahren erfolgten Pensionierung an und wurde als trefflicher Musiker und herzensguter Mensch geachtet und geliebt.

**Der Görlitzer Lehrerverein.**

Für die herrlichen Blumen Spenden und die erhebenden Gesänge bei der Beerdigung unseres lieben, unvergeßlichen Gatten und Vaters, des Lehrers

**Wilhelm Hensel,**

sagen wir hiermit den werten Kollegen des teuren Entschlafenen unsern herzlichsten und verbindlichsten Dank.

**Breslau,** den 29. Oktober 1908.

**Minna Hensel geb. Tröster** und **Kinder.**

## Auf Wunsch

versendet die Pianofortefabrik G. Wolkenhauer, Hoflieferant, Stettin 9, an jeden Reflektanten ihren neuesten illustr. Prachtkatalog über ihre als erstklassig und preiswert bekannten

## Pianinos.

Nur einen Monat im Ruhestand lebend, starb nach langen, schweren Leiden am 30. Oktober in **Liegnitz** unser lieber Freund und Kollege,

**Herr Kantor a. D. Vater**

aus **Märzdorf** bei Haynau.

Tiefbewegt stehen wir in diesem Jahre zum 3. Male am Sarge eines hochgeschätzten Mitgliedes, der seit 1875 in Freud und Leid treu zum Verein gestanden und sich unser aller Wertschätzung erworben hat. Sein Andenken wird uns unvergeßlich bleiben.

So ruhe in Frieden von aller Arbeit dieses Lebens!

**Der Gröditzberger Lehrerverein.**

Den lieben Kollegen herzlichen Dank für die Teilnahme und die erhebenden Gesänge anlässlich der Beerdigung meiner lieben Frau.

**Breslau,** im Oktober 1908.

**B. Matthäus,** Lehrer.

## Die Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Lehrerinnen

**e. G. m. h. H. in Breslau VIII,**

**Klosterstraße 20,** verzinst Spareinlagen mit 3 und 4% bei halbmonatlicher Verzinsung und gewährt Mitgliedern Darlehne gegen 5% Zinsen. Mitgliederzahl zurzeit 2750.

**Soennecken's Schulfedern Nr 111**

Deutsches Fabrikat

1 Gros M 1.—  
Gewähr für jedes Stück

F. SOENNECKEN Schreibfedern-Fabrik BONN \* Muster kostenfrei

**Vordruck-Formulare**

der I. u. II. Seminar-Lehrerprüfung, bei Benutzung Anstellungs-Bewerbungen.

Erich Kähler, Eberswalde 12

**Darlehen** gewährt die Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Beamte zu **Königshütte O/S.** Spareinlagen werden mit 4—4 $\frac{3}{4}$ % verzinst. [417 e/h]

## Für Gartenfreunde.

10 Stück hochf. veredelte Rosen in 10 Sorten nur **M 2,75.**

Gratis versende meinen Katalog über ca. 40 Sorten Rosen, Obstbäume, Koniferen, Blumenwiebeln etc.

**Rich. Lessmann,** Altona, Elbe. Versandgärtnerei. [430 g/k]

Bei Konzerten, Kostümfesten und Vereins-Festlichkeiten wurden bereits mehrfach, an einzelnen Orten wiederholt mit großem Erfolge, aufgeführt

## Ein Erntetag.

Dichtung von **P. André.** Zyklus von 9 Gesängen für Chor und Soli mit Klavierbegleitung und verbindender Deklamation.

Partitur . . . . . 5,— M  
1 Satz Stimmen 2,40 „  
Textbuch . . . . . 0,30 „  
Orchesterstimmen in Abschrift leihweise. [495 c]

Zu beziehen durch den Komponisten, **Kantor Blasius-Thommendorf a/Qu.**

## Schülerbibliotheken.

Verzeichnisse kostenfrei.

**Priebatsch's Buchhdlg., Breslau.**

Den Herren **Gesangsvereins-Dirigenten** Keine Portokosten!

empfehle mein grosses Spezialgeschäft jeglicher Chorliteratur: Männer-, Frauen-, Kirchen-, Schul- und gemischte Chöre. Humoristika jeder Art. **Neueste Schlager!**

**Anwahlsendungen bereitwilligst und franko.**

**Julius Thie,** Musikalien- und Größtes Spezialgeschäft für Gesangsvereine. **Berlin-Schöneberg, Kaiser Friedrichstr. 9.**

Soeben erschien:

**Lehrer-Prüfungs- und Informations-Arbeiten.**

Heft 36: **Achinger,** Mittelschullehrer in Elberfeld, **Die sexuelle Pädagogik vom Standpunkte unserer sittlichen Kultur.** Preis 1.20 M.

Heft 22: **Reimann,** Lehrer in Dresden, **Die orthographischen Übungen in der Volksschule. — Anthropologie und Gesundheitslehre in der Volksschule.** 2. Aufl. Preis 80  $\mathcal{R}$

Heft 35: **Seliger,** Mittelschullehrer in Weißwasser, **Das Gemütsleben und seine Pflege im Schulunterricht.** Preis 80  $\mathcal{R}$ .

Heft 10: **Twiehausen (Dr. Krausbauer,** Kreisschulinsp. in Wreschen), **Rousseaus Pädagogik und ihre Nachwirkungen bis auf die Neuzeit.** Dritte Aufl. Preis 1,— M.

**Minden i/W. Alfred Hufelands Verlag.**

# Möbel.

## Grösstes Etablissement für Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Streng reell. Enorm billige, streng feste Preise. Besichtigung erbeten.

Wir gewähren bei Bareinkäufen auch den Herren Lehrern 5% Rabatt.

# Krimke & Comp., Breslau,

Neue Graupenstrasse 7, am Sonnenplatz.

Ausstellungsräume in sechs Etagen.

[4613-26

# J. Grosspietsch,



Inh. R. Heckel.  
Königl. Sächsischer und Herzoglich Mecklenb. Hoflieferant.



Breslau II,  
Schweidnitzer Stadtgraben 22.  
Fernsprecher 136.

## Flügel, Pianinos, Harmoniums.

Klavierspielapparat Pianola. [438

Gebrauchte und sorgfältigst wiederhergestellte Instrumente stets in Auswahl vorrätig.

Das Leben u. gemutvoll. auch Hausinstrumente.

In jedem Hause wo gute Musik gepflegt wird, sollte eine **Haus-Orgel** Amerikanisches Harmonium, zu finden sein. Herrl. Orgelton, Pracht. Ausstattung. Preis v. 78 M. an. Illustr. Kat. gratis. Prospekte auch über den neuen Harmonium-Spiel-Apparat, mit dem jedermann ohne Notenkenntnis sofort Harmonium spielen kann. Preis mit Notenbuch 30 M. **Aloys Maier, Hoflieferant, Fulda, gegr. 1846.**

## Das umfangreichste

und gediegenste Präparationswerk f. d. dtsh. Unterricht im Anschluß an die Hirschen Lesebücher ist „Präparationen zu dtsh. Gedichten und Lesestücken“ von Rektor Riebandt. 3 Bde. (jeder Band auch einzeln zu haben). Günstigste Zahlungsbedingungen (auf Wunsch 1/4jähr. Teil.). Verlangen Sie zur Orientierung kostenfrei ein Probeheft von **Rich. Danehl's Verlag in Goslar a/H.** [400

## MANNBORG.

Erste Harmoniumfabrik in Deutschland nach Sanowind-System.

### Harmoniums

in höchster Vollendung. Von den kleinsten bis zu den kostbarsten Werken. Höchste Auszeichnungen.

Fabrik: Leipzig-Lindenau, Angerstrasse 38.



Pianos in jeder Holz- und Stylart, mit vorzüglicher Tonfülle, Spielart und Stimmhaltung liefert zu sehr mäßigen Preisen. Pianofabrik **Albin Schneider, in Liegnitz.**

## Emmer-Pianos

und Harmoniums. 20jähr. Garantie, franco zur Probe; bequeme Zahlweise, 5. Barzahl. höchster Rabatt. Katalog gratis. Firma gegründet 1870. Berlin C., 28 Seydelstr. 20.

für Anfänger u. Kinder, hochprentien.

## „Pianino“,

wenig gebraucht, herrlicher Ton, sofort äußerst billig, auch in einigen Raten zahlbar, verkäuflich. Offerten unter „Prachtstück“ Expedition dieses Blattes. [507 a/c

## Billiger Wein!

Vorzügl. Weißwein von 55 Pfg. per Liter an. Vorzügl. Rotwein von 75 Pfg. per Liter an in Gebinden v. 25-30 Ltr. aufwärts, bei größerer Abnahme entsprechend. Rabatt.

**Emil Güller,**

Weinbergbesitzer, Oberrotweil am Kaiserstuhl.

## Hilfskasse des Vereins kath. Lehrer

in Königshütte O/S. gewährt Darlehen u. verzinst Spareinlagen bis 4 1/2 %. Auskunft erteilt der Vorstand.

Schutzmarke.



## Ohne Nachnahme

auf 8 Tage zur Probe

sende ich an jeden Lehrer franco. [22

## 1 feine Orchester-Bioline

Modell Stradivari, mit vollem, edlem Ton, Ebenholzgarnitur; 1 eleganten Bogen mit ausgesuchter leichter Stange und vollstündiger Rosenfingergarnitur; 1 starken Kasten mit Kugelgriff und französischen Spring-schlössern; 1 Stimmgabel (Normalstimmung), Kiefernsaiten, Steg und Wirbel und Kolophon. — Sauberste Handarbeit, keine Fabrikware.

Auf Veranlassung Deutscher Unterrichtsministerien geprüft und als Schulgeige für sehr gut und preiswert befunden.

Preis 18,50 Mk. Verpackung gratis. Tausende in Gebrauch als Schulgeigen. Nur direkt von

**Franz Hell, Elmhorn Nr. 11**

Instrumentenmacher.

## Tausende Raucher empfehlen

meinen garantiert ungeschwefelten deshalb sehr bekömmlichen und gesunden Tabak. 1 Tabaks-Pfeife umfasst zu 9 Pfd. meines berühmten Förstertabak 4,25 Pfd. 9 Pfd. Pastorentabak u. Pfeife kosten zus. 5 Mk. 9 Pfd. Jagd-Canaster m. Pfeife Mk. 6,50 Pfd. 9 Pfd. holl. Canaster und Pfeife Mk. 7,50 Pfd. 9 Pfd. Frankfurturter Canaster m. Pfeife 1 Pfd. 10 Mk. gegen Nachnahme bitte anzugeben, ob nebenstehende Gesundheitspfeife oder 1 reichgeschm. Holzpfeife o. eine lange Pfeife erwünscht.

**E. Köller, Bruchsal (Baden). Fabrik. Weltruf.**

Breslau Gartenstr. 48/52

## Seiler

Berlin W. Schillstr. 9

## LIEGNITZ

Größte Pianofortefabrik Ost-Deutschlands

40 000 im Gebrauch

25 Auszeichnungen. Kgl. Preuss Staatsmed.



Ideal-

Flügel • Pianinos • Harmoniums

## Hoffmann-Pianos

Mehr. prämiert. Fabrik. — 20 J. Garant. **Georg Hoffmann, Hof-Pianofabrik Berlin 74 nur Leipzigerstr. 50** Den Herren Lehrern bedeut. Preisermäßigung sow. Zahlungs erleichterung. Für Zuweisung von Käufern zahle hohe Provision!



**Kemnitztal.** Sitzung Sonnabend den 7. November bei Römer in Reibnitz. Vortrag (Koll. Lessig-Riemendorf).

**Königszelt.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 3½ Uhr in Königszelt (Bahnhofs-Hotel). 1. Mitteilungen. 2. Vortrag (Koll. Rosenberger). 3. Bücherwechsel. 4. Gesang.

**Liegnitz-Land.** Sitzung Sonnabend den 14. November in der Braukommune. 1. Gesang. 2. Vortrag: „Kinder sind Rätsel von Gott und schwerer denn alle zu lösen; doch der Liebe gelingt's, wenn sie sich selber bezwingt“ (Koll. Klose-Prinkendorf). 3. Geschäftliches.

**Lossen.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 3½ Uhr im Vereinslokal. Vortrag (Koll. Hentschel-Rosental). — Es wird dringend um Ablieferung der Pestalozzivereins-Beiträge ersucht.

**Lüben.** Sitzung Mittwoch den 11. November nachm. 4½ Uhr im Grünen Baum. 1. Geschäftliches. 2. Bericht über die Versammlung der Kreisbureau-Vertreter (Matzker-Neumann). 3. Bericht über den V. preußischen Lehrertag (Zingel). 4. Vortrag: „Der Musiklehrer“ (Koll. Dittebrand).

**Mangschütz-Stoberau.** Sitzung Sonnabend den 7. November in Tischpölowitz. 1. Gesang. 2. Vortrag: „Die Pendulationstheorie nach Reibisch-Simroth“ (Menzel-Alt-Cöln). 3. Ständiges Referat. 4. Fragekasten.

**Ndr.-Giersdorf u. Umgeg.** Sitzung mit Damen Sonnabend den 7. November in Stephanshain. Vortrag (Koll. Jacobi).

**Ndr.-Weistritz.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 4 Uhr bei Dittmann in Ndr.-Bögendorf. Vortrag (Koll. Hoffmann-Esdorf).

**Ohlau-Süd.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 4½ Uhr im Vereinslokal. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag: „Der deutsche Zollverein“ (Koll. Arlt-Krausenaue).

**Peisterwitz-Gr.-Döbern.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 5 Uhr in Peisterwitz bei Pohl. Vortrag (Koll. Gerber).

**Rauscha u. Umgeg.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. ½5 Uhr in Rauscha. 1. Vortrag: „Johann Sebastian Bach“ (Koll. Heyland). 2. Geschäftliches.

**Reichenbach i/Schl.** [Pädagogische Vereinigung.] Sitzung mit Damen Sonnabend den 7. November nachm. 4 Uhr im Hotel „Kaiserhof“. Vortrag (Koll. Vogel).

**Riemberg.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 4 Uhr bei Bleyer. 1. Vortrag: „Entwicklungsgang der Deutschen Sprache“ (Koll. Scholz-Auras). 2. Deutsche Schule (Koll. Schmidt-Riemberg). 3. Mitteilungen. 4. Einziehen der fälligen Beiträge.

**Schweidnitz.** [Pensionierte Lehrer.] Dienstag den 10. November nachm. 4 Uhr im Hotel Volksgarten. 1. Bericht über Vorarbeiten. 2. Beschlußfassung über Petitionen an das Abgeordnetenhaus. Zahlreiches Erscheinen der pensionierten Lehrkräfte Schlesiens wird erbeten.

**Steinau a/O.** Sitzung Sonnabend den 7. November zu gewohnter Stunde im Vereinslokal. 1. Vortrag (Seminarl. Classe). 2. Bericht über die Versammlung in Breslau.

**Strehlen.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 4 Uhr im Reichsadler. Bericht über die Breslauer Delegierten-Versammlung (Koll. Trost u. Semler).

**Stroppen.** Sitzung Sonnabend den 7. November. — Referate.

**Winzig.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 6 Uhr im Vereinslokal.

**Wohlau-Land.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 3 Uhr im evang. Schulhause. Experimental-Vortrag (Rektor Niebel-Wohlau).

### **Pestalozzi-Verein für die Provinz Schlesien, e. V.**

An Geschenken erhielt der Liebesfonds von Herrn Rektor Th. Fuhrmann in Breslau 4 *M.*, von den Konferenzteilnehmern in Kudowa 7 *M.*, vom kath. Lehrerverein Polkwitz 12,35 *M.*, vom Lehrerverein Tschepplau 5 *M.* und vom Lehrerverein Kreibau 3,60 *M.*

Von den Pestalozzi-Zweigvereinen sandten folgende eine Gabe: Breslau-Stadt 30 *M.*, Landeshut und Liegnitz je 25 *M.*, Trachenberg 16 *M.*, Ratibor 15,05 *M.*, Beuthen O/S., Striegau, Neumarkt 1 und Freystadt je 15 *M.*, Nimpsch, Hoyerswerda und Grünberg je 10 *M.*, Habelschwerdt 6 *M.*, Rybnik, Lüben, Kudowa, Steinau a/O, Münsterberg, Köben und Gr.-Strehlitz je 5 *M.*

Hierfür sprechen wir unsern Dank aus und bemerken, daß aus dem Liebesfonds die Hinterbliebenen solcher Kollegen unterstützt werden, die nicht Mitglieder des Pestalozzi-Vereins werden konnten, da sie vor Gründung des heimatischen Zweigvereins gestorben sind. Wir dürfen wohl hoffen, daß alle Zweigvereine eine Gabe senden werden.

Liegnitz.

Der Hauptvorstand.

**Bunzlau.** Sitzung Sonnabend den 7. November nachm. 4 Uhr im Hotel „Schwarzer Adler“. Tagesordnung nach § 16 der Satzung und Vorstandswahl.

**Goldberg.** Sitzung Donnerstag den 5. November nachm. 4 Uhr im kleinen Saale des Hotels zum schwarzen Adler. Tagesordnung nach § 16 der Statuten.

## **Rezensionen.**

**E. Schmidt, Methodik des Zeichenunterrichts in der Volksschule.** 2. Aufl. 1908. Halle. Verlag Schroedel. 66 S. Pr. geh. 80 *M.*

In ausführlicher Weise spricht in dieser Broschüre ein erfahrener Schulmann über alle Fragen, die den neuzeitlichen Zeichenunterricht betreffen. Lehrpläne, Ratschläge über Lern- und Lehrmittel und gute Bezugsquellen sind dem Buche beigegeben. Auf S. 24 schreibt Verfasser nach dem Besprechen des Gegenstandes und Anzeichnen durch den Lehrer: „Nun zeichnen die Kinder nach der an der Tafel stehenden Zeichnung. Zusammengesetzte Formen werden zuerst in ihren wesentlichen Teilen hergestellt und nachgezeichnet, dann werden die übrigen Teile an der Tafel eingesetzt, darauf wird die Schülerzeichnung vollendet.“ Da werden wohl viele Methodiker anderer Meinung sein. (Siehe z. B. den amtlichen Lehrplan für den Zeichenunterricht in der preußischen Volksschule. I. A.)

**Julius Reinhardt, Deutschlands Einigung, patriotisch-dramatisches Gedicht. — Seelenwellen, Gedichte.** Beides in einem Bande. — Selbstverlag des Verfassers. Hannover, Moltkeplatz 11. — 1,60 *M.*

Das Buch ist ein neuer Beleg für die betrübliche Tatsache, daß die besten und warmherzigsten Menschen oft ganz miserable Poeten sind. Blutigster Dilettantismus! Reimkolik! Schade um das Papier.

## **Vakanzen.**

**Dörndorf, Kr. Frankenstein.** Kath. Lehrer-, Organisten und Küsterstelle bald zu besetzen. Meldungen binnen 2 Wochen an den Kreisschulinspektor in Frankenstein.

**Mairitzdorf, Kr. Frankenstein.** 2. kath. Lehrerstelle zum 31. Januar k. J. zu besetzen. Meldungen binnen 4 Wochen an den Kreisschulinspektor in Frankenstein.

## **Briefkasten.**

Ein Rektor hier. Wenn Kollege Th. eine so üble Auffassung gehabt hätte, wie sie ihm unterlegen, würden wir die betreffende Stelle sofort beanstandet haben. Er bezieht sich aber nur auf die 100prozentige Abgrenzung. Sonst aber wünscht er auch den Schulleitern innerhalb der bestehenden Gehaltsordnung alles Gute. Sicher wird in eine Gehaltskommission des „Bresl. L.-V.“ auch ein Rektor gewählt. — **Englisch.** Auch von anderer Seite wird Mr. Herald Whyte, früher Assistent in der Dublin High School empfohlen. Sehen Sie nur noch andere Kollegen zu einem Unterrichts- bzw. Konversationskursus zu vereinigen. Adresse Breslau 10, Michaelisstr. 24. — **Augen.** Die kleine Sache kommt, sobald nur irgend ein Platzchen frei ist. — **Sk. hier.** Die Debatte wird auch verspätet noch gute Aufnahme finden. — **Mehrere Einsender.** Immer wieder neues Material. Jeder neue Artikel erschreckt uns in diesen Wochen. — **Präp.** Diese Gruppe von Präparandenlehrern haben wir in der Besoldungsordnung nicht gefunden. — **Red. Sch. hier.** Das war eine schwierige Leistung. Besten Dank für alle Bemühungen. — **G. in A.** Am empfehlenswertesten Rothers, Historisches Kartenwerk. I. Bd. Altertum 5 *M.*, II. Bd. Mittelalter 4 *M.*, III. Bd. Vaterl. Gesch. d. neueren Zeit (1517–89.) 4 *M.*, IV. Bd. Vaterl. Gesch. d. letzten 100 Jahre (Neueste Zeit.) 3 *M.*, V. Bd. Außerdeutsche Gesch. d. letzten Jahrhunderte 4 *M.* [Die letzten 3 Bände werden auch in 2 Bänden zusammengefaßt ausgegeben, und zwar als Bd. III (Va) Allgemeine Geschichte d. neueren Zeit (1517–89), Bd. IV (Vb) Allgemeine Bestimmungen d. letzten 100 Jahren (neueste Zeit).] Bd. VI betrifft Entwicklung d. größeren deutschen Staaten, 9 *M.* Kleine Ausgabe in 30 Karten aus allen Teilen zusammengestellt 1,20 *M.* [Sämtliche Teile sind durch Priebatsch's Buchhandlung, Breslau I, Ring 58 zu beziehen.]

## **G. Henneberg, Zürich**

Direkte Bezugsquelle von **Seidenstoffen jeder Art.**

**Schon verzollt!** — Verlangen Sie Muster!

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger  
Stuttgart und Berlin

Soeben erschienen:

## Das höhere Mädchenschulwesen

Bestimmungen

über die

Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens  
vom 18. August 1908

erläutert von

E. von Bremen

Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat

(Drittes Nachtragsheft zu dem Werke: „Die Preussische Volksschule. Gesetze und Verordnungen, zusammengestellt und erläutert von E. von Bremen.“)

Preis geheftet 60  $\mathcal{F}$ . [502]

Zu beziehen durch die meisten Buchhandlungen

Soeben ist erschienen:

## Handbuch für Fortbildungsschullehrer

von

Fachlehrer Heimann.

Das erste umfassende Handbuch über das gesamte Fortbildungsschulwesen.

Preis broschiert 2 M., in Leinen gebunden 2,80 M.

## Stoffe

aus

Volkswirtschaftslehre und Gesetzeskunde

nebst einem Anhang:

Die geschichtliche Entwicklung des Handwerks.

Ein Lehr- und Lernbuch für alle Klassen  
der gewerblichen Fortbildungsschule.

Preis 80 Pf.

Verlag von Priebatsch's Buchhandlung

BRESLAU, Ring 58

PIANOS von  $\mathcal{M}$  380 an HARMONIUMS von  $\mathcal{M}$  33 an

Höchster Rabatt. Kleine Raten. Miete. Prachtkatalog B 35 gratis.  
Größter Umsatz. Allergünstigste Bezugsquelle. Firma 1851 gegr.

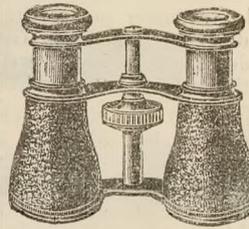
WILH. RUDOLPH, Hofflieferant, GIESSEN Obweg 52.

## Patent-Bureau

Bruno Nöldner, Ingenieur.

[441]

Erwirkung von Patenten, Gebrauchsmustern, Warenzeichen im In- und Ausland.  
Breslau I. Ohlauerstraße 18. Telefon 9448.



## Theatergläser

„Favorit“, billiges, gutes Opernglas  
6.50, 8.—, 9.—  $\mathcal{M}$ ,  
„Carmen“, feines Opernglas 12.—, 14.—, 16.—  $\mathcal{M}$ ,  
„Isolde“, feines Perlmutterglas  
14.—, 17.—, 20.—  $\mathcal{M}$ ,  
„Adler“, gutes Reiseglas 9.50, 11.—, 15.—  $\mathcal{M}$ .  
Barometer  $\diamond$  Thermometer.

Preisliste gratis und franko. Auswahlsendungen bereitwilligst.

Fritz Kilpert, Optiker, Breslau I, Ohlauerstraße 10/11.

## Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft gegründet 1836.

Den Herren Lehrern Schlesiens **einzig und allein** die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft mit dem Schlesischen Lehrerverein und dem Pestalozzi-Verein für die Provinz Schlesien einen Vertrag abgeschlossen hat dahingehend, daß

1. den Herren Lehrern Erlaß der Policen- und Arzthonorar-Kosten gewährt wird,
2. die Gesellschaft zu Gunsten der Wilhelm-Augusta-Stiftung und der Pestalozzi-Vereinskasse aus sämtlichen Lebensversicherungen schlesischer Lehrer 4‰ (vier pro mille) der Versicherungssumme und aus sämtlichen ihr durch schlesische Lehrer aus anderen Berufskreisen zugeführten Versicherungen 1‰ (ein pro mille) der Versicherungssumme zahlt.

Mithin gewährt die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Vergünstigungen, angesichts derer die Herren Lehrer bei Abschluß einer Versicherung hinsichtlich der zu wählenden Gesellschaft wohl nicht im Zweifel sein können, zumal die »alte Berlinische« auch in sonstiger Beziehung (billige Prämien, hohe Dividenden etc.) die größten Vorteile bietet.

Tüchtige Vermittler sind stets erwünscht.

Nähere Auskunft wird gern erteilt durch die Vertreter, sowie durch

die General-Agenturen

Breslau,  
Ohlau-Ufer 9.  
Hugo Stadie.

Görlitz,  
Moltkestraße 39.  
R. Schulte-Heuthaus.

Für Aufführungen  
zu Weihnachten und in Vereinen  
wird empfohlen

## Peterle

Märchendichtung in 3 Akten  
von  
Lehrer Bertram in Lauban  
80 Pf.

Priebatsch's Buchhandlung  
Breslau.

## Brockhaus-Jubiläumsausgabe,

17 Bd., tadellos erhalten (neu 204  $\mathcal{M}$ ),  
für 85  $\mathcal{M}$  zu verkaufen. [506]

Anfragen übermittelt Lerche,  
Lehrer, Boberstein b. Schildau (Bober).

Hoehl, Büfett u. Schreibtisch,  
echt NuBb., b. z. verk. Breslau,  
Anderssenstraße 1 I. [464 e/h]

Schönes, möbl. 2fenstr. Vorder-  
zimmer bald od. spät. zu verm.  
Friedrich Karlstraße 7, hpt.

10 gebr. Pianinos  
(Bechstein) u. a. gute Firmen,  
verkauft billig Schulz, Breslau,  
Friedrich-Wilhelmstraße 30 I. [510]

In der heutigen Nummer liegen  
5 Sonderbeilagen:

1. aus der Verlagsbuchhandlung von Alwin Huhle, Dresden, über neu erschienene Werke auf pädagogischem Gebiete;
2. aus dem Verlage der Dürrschen Buchhandlung, Leipzig, über Entstehung und Bedeutung der Preussischen Städteordnung, Festschrift zum 19. November;
3. aus dem Verlage von A. Wilpert, Groß-Strehlitz, über Wilperts Realienbuch und andere pädagogische Neuerscheinungen;
4. aus dem Verlage von Julius Hainauer, Breslau, über eine Novität zu Kaisers Geburtstag von Max Gultbins „Dem Kaiser“ und von Bohm „Des Kaisers Ahnfrau“;
5. aus der Hof-Pianoforte-Fabrik von Georg Hoffmann, Berlin, über ihre neueste Preisliste für die Beamtenwelt.